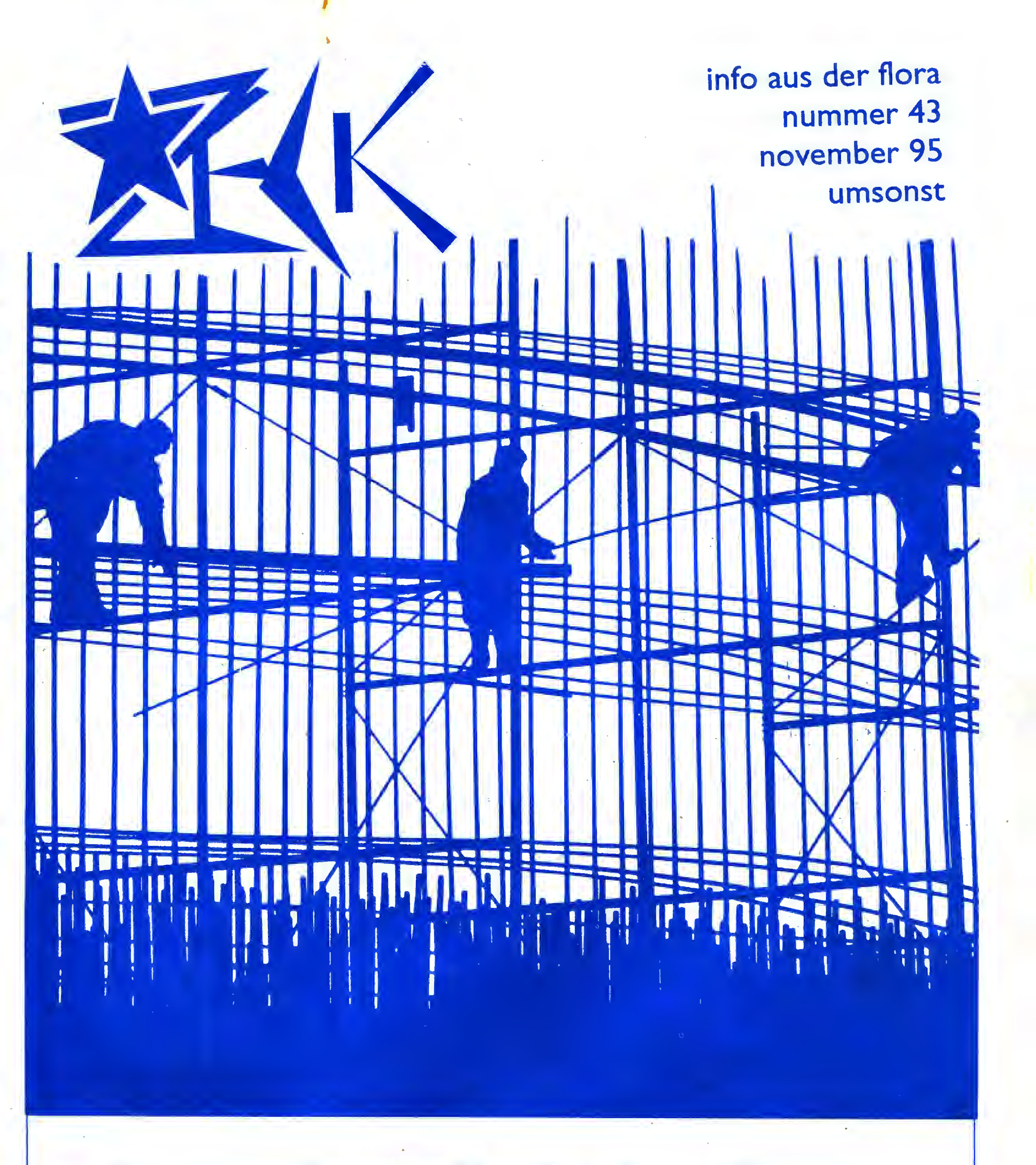


Demonstration zum Abschiebeknast Glasmoor am 11. November

Weg mit allen Abschiebeknästen!
Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!
Treffpunkt: 11 Uhr Schmuggelstieg/U-Bahn Ochsenzoll

Soziales Zentrum in Norderstedt

Soziales Zentrum, was ist das ?
Das Soziale Zentrum soll in Norderstedt ein Ort werden, an dem Menschen die Möglichkeit haben, sich zu treffen, selbstorganisiert und gemeinsam aktiv zu werden und miteinander zu reden, zu lachen und zu weinen. Ein Ort, wo wir das, was uns interessiert, was wir wollen und brauhen, selbst in die Hand nehmen und keine/r uns vorschreibt, wie unsere Ideen und Aktivitäten auszusehen haben. Ein Platz an dem wir nicht das Maul halten müssen und wo wir beginnen können unsere Träume in die Tat umzusetzen. Ein Haus, daß den Menschern die Möglichkeit bietet, Kultur selber zu machen der verschiedenste Veranstaltungen selbst zu organisieren. Wir verstehen dies als Kultur von unten.
Wir wollen ein Miteinander finden, das sich nicht nach Aussehen, Stärke, Reichtum oder Gehabe richtet, eine Gemeinschaft in der jede/r gleichviel zählt und alle einander beistehen und sich akzeptieren.
Wir wollen ein bewohntes Zentrum, in dem der soziale Alltag nicht von der Freizeit getrennt wird. Wir wollen zusammen wohnen, wollen hier eine selbstbestimmte Lebensform finden und unser Leben gemeinsam organisieren, um so den alltäglichen Problemen von jeder und jedem nicht mehr nur individuell begegnen zu müssen. Es ist uns wichtig, zu einem engen, solidarischen und kreativen Miteinander zu kommen, denn nur so kann etwas der zunehmenden Entfremdung entgegengesetzt werden.

Soziales Zentrum: Von der Besetzung zum Häuserplenum
Die Geschichte unserer Initiative für ein Soziales Zentrum ist mittlerweile über 2 Jahre alt, in denen wir auf verschiedenen Ebenen für unser Vorhaben gekämpft haben.
Am 13. November`92 wurde das leerstehende ehemalige Mütterzentrum in der Alten Dorfstr. 30 besetzt. Sechs Tage lang lebten die BesetzerInnen ihre Ideen von Selbstverwaltung, über 100 Menschen beteiligten sich an den laufenden Aktionen. Nach sechs Tagen wurde der Traum von einem selbstverwalteten Zentrum von 100 PolizistInnen und einer Abrißbirne zerschlagen. Aus der BesetzerInnengruppe entstand das Häuserplenum Norderstedt. Anfang 1994 sind die Räume der ehemaligen Puppenbühne in der Ulzburger Straße 6 freigeworden. Das Gebäude gehört der Stadt Norderstedt.
Nach 2 Jahren mühsamer Verhandlungen - Hinhaltepolitik der politischen Gremien und Blockadepolitik der Verwaltung - haben wir uns entschlossen, zuerst mit dem provisorischen Betrieb zu beginnen und dann weiter einen Mietvertrag auszuhandeln.
In den 4 kleinen Räumen ist allerdings der Betrieb des Sozialen Zentrums nur provisorisch und sehr eingeschränkt möglich. Deswegen fordern wir die Stadt auf, uns das gesamte Haus zu geben und besseren Wohnraum für die dort zur Zeit wohnenden Menschen zu schaffen.

Soziales Zentrum durchsetzen !
Wir als Häuserplenum Norderstedt fordern:
-das gesamte Haus Ulzburger Straße 6
-besseren Wohnraum für die in diesem Haus untergebrachten Menschen (das Gebäude wird z. Zt. als Notunterkunft genutzt.)
Wir wollen es, wir brauchen es, wir kriegen es !!

Liebe Leserinnen und Leser,
nachdem uns die Nummer 43 an den Rand des Ruins gebracht hat, dieser Mal wieder eine etwas dünnere Ausgabe...
Neben vielen neuen Infos zu den aktuellen §129/129a-Verfahren und einem Interview mit der radikal dreht sich's auch wieder viel um Abschiebeknäste.
Ansonsten sehen wir uns hoffentlich alle auf der duften Demo am 11.11.

Floristische Grüße an das schwesterliche Soziale Zentrum in Norderstedt, als Begrüßungsgeschenk im Club der Autonomen Zentren könnt ihr euch einen Besen in der Flora abholen. Wie mensch sieht, gibt's hier eindeutig zu viele davon.

Eure zeck-redaktion

Inhalt:



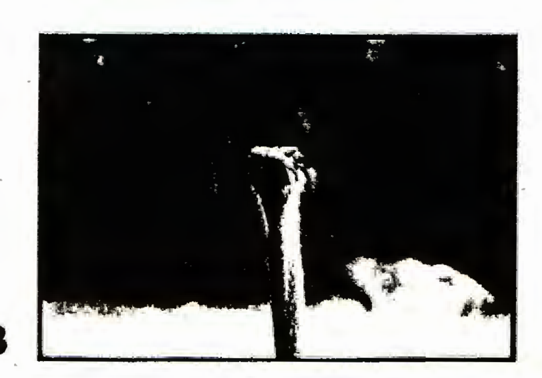
Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats
Abos: Zeck gibts im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer (noch) dringend vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir aber selbstverständlich nicht).

V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Im Ordner findet sich diesmal:
-Aufruf zur Mahnwache in Buchenwald vom 9.-12.11.95
-Brief eines el-rojito-Mitglieds, in dem er erklärt, daß die "3. Erklärung v. el rojito" vom 15.6.95 kein Konsenspapier der Gruppe ist.



Spendenaufruf "Trotzdem" zur Unterstützung von MigrantInnen und FrauenLesben auf der Flucht

Die Situation für hier lebende MigrantInnen und FlüchtlingsfrauenLesben hat sich durch die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Änderungen im Ausländergesetz weiter verschärft. Leben ist nur noch in der sogenannten Illegalität möglich und für viele bedeutet dies: gar keine oder miese Arbeit, keine Sozialhilfe, keine angemessene medizinische Versorgung, jederzeit von Abschiebung bedroht zu sein.

Verschiedene Hamburger FrauenLesbengruppen, die gegen Rassismus und Sexismus arbeiten, haben deshalb ein Spendenkonto eingerichtet, um diese FrauenLesben und ihre Kinder zumindest finanziell unterstützen zu können.

Aus organisatorischen Gründen läuft das Spendenkonto über: amnesty for women, Stichwort "TROTZDEM" (wichtig, immer angeben!) Dresdner Bank, BLZ 200 800 00, Kto.: Nr. 56 11 143



Stadtteilladen Kleiner Schäferkamp 46 vor dem Aus ?!?

Aus einem Flugblatt der BewohnerInnen des Kl. Schäferkamp 46 a,b:

Wahrscheinlich kennen einige von Euch den linken Laden im Kl. Schäferkamp 46 bereits durch einen "Kneipen"- oder "Cafe"-Besuch, eine Veranstaltung oder Fete. Leider ist es in der Zwischenzeit so weit, daß der Laden in seinem bisherigen Konzept existenziell bedroht ist. Deshalb wenden wir - die BewohnerInnen der Häuser Kl. Schäferkamp 46 a,b - uns an euch. (...)

Der Stadtteilladen verwaltet sich selbst auf einem NutzerInnentreffen der Gruppen, das einmal im Monat stattfindet. Hier wird Technisches/Organisatorisches besprochen und darüber geredet, ob und welche neue Gruppe den Laden nutzen kann. Das betrifft einerseits die Terminabsprache, aber auch bestimmte inhaltliche Grundsätze: Der Laden ist kein Platz für Sexisten, RassistInnen und FaschistInnen! Im Laden gibt`s keine toten Tiere und keinen Hart-Alk!

Neben der Verantwortung, die die NutzerInnengruppen in und für den Laden übernehmen (sollten), gibt es noch den leidigen finanziellen Aspekt: Wenn wir den Raum weiterhin zu "günstigen Bedingungen" bereitstellen wollen, heißt das nicht, daß der Raum nix kostet. Das Haus ist schon lange nicht mehr besetzt, also nicht mietfrei.(...).

Kurz und gut: Wir können den Stadtteilladen nicht dauerhaft auf unsere Miete umlegen. Der Laden soll sich selber tragen, was konkret bedeutet, daß ca. 600 DM im Monat aufgebracht werden müssen, d.h. wenn`s gut läuft: pro Nutzung ca. 30 DM in Absprache mit dem NutzerInnenplenum. Dabei gibt es auch mal Unterschiede zwischen Gruppen, die viel "zahlende" Öffentlichkeit haben, und welchen, die sich dort "nur" zum Plenum treffen...



Die aktuelle Krise des Ladens ist denn auch eine finanzielle: Nachdem inzwischen mehrere Gruppen aus verschiedenen Gründen im Laden wieder aufgehört haben, ist es einerseits schade, daß der Raum an vielen Tagen ungenutzt ist. Andererseits ist das finanzielle Loch nur kurzfristig von uns mitzutragen.

Immer noch finden wir solche Räume wie den Stadtteilladen, in denen sich etwas entwickeln kann, wichtig - doch sie müssen ideell und materiell auch getragen werden! Bevor der Laden eventuell. "kommerzialisiert" wird, richten wir uns deshalb an euch :

* Überlegt, ob ihr den Raum nutzen wollt!

* Wenn ihr es nicht leisten könnt, aber die Existenz des Ladens wichtig findet, fragt doch mal andere Gruppen!

Wir freuen uns auch über Anregungen jeder Art! Das NutzerInnentreffen findet übrigens jeden ersten Samstag im Monat um 18 Uhr im Laden statt. Bis dann!

Mahnwache in Buchenwald

In der Zeit vom 9. bis 12. November 1995 veranstaltet der VVN/Bund der Antifaschisten anläßlich des 67. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 eine Dauermahnwache auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald.

Historischer Hintergrund hierfür ist, daß im Jahre 1938 in den Tagen nach der Reichspogromnacht eine große Zahl von Juden aus Hessen und Thüringen nach Buchenwald verschleppt wurden; aktueller Bezug ist, daß gegen den Widerstand der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora und der anderen internationalen Lagergemeinschaften auf dem Gelände des ehemaligen KZs Buchenwald z. Zt. ein Dokumentenhaus zur Erinnerung an die nach dem 8. Mai 1945 dort von der Sowjetarmee Internierten gebaut wird, die zum größten Teil Kriegsverbrecher und Funktionäre des Hitlerfaschismus waren.

Um die Mahnwache in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken, ist eine ständige Präsenz von mindestens 20 - 50 Personen an den angegebenen Tagen erforderlich. Wir wollen dort täglich zwischen 9 Uhr und 18 Uhr anwesend sein.

Die Mahnwache ist offiziell polizeilich angemeldet.

Zum Übernachten, Essen, die Abende Verbringen ist ein Haus in der Nähe der Gedenkstätte angemietet.

Aus dem Aufruf des VVN, in dem noch Genaueres vor allem auch zu Organisatorischem (Anmeldung für Schlafplätze, Infos zum Ablauf etc.) nachzulesen ist. Liegt im Ordner!

Hetendorf revisited

3. Antifaschistischer Sonntagsspaziergang gegen das faschistische Schulungszentrum Hetendorf 13.

Dafür treffen wir uns am 17. Dezember 1995, diesmal schon um 12.00 Uhr in Bonstorf (Ortsmitte). Nach dem Sonntagsspaziergang fahren wir gemeinsam zum ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen, um dort eine Kundgebung abzuhalten. VeranstalterIn: Bündnis gegen Rechts, Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle

Antifaschistisches Kino im Kafe Knallhart (HWP)

8.11. Professor Mamlock (DDR 1961, Regie: Konrad Wolf), 19 Uhr.

Mit einer Einleitung zur Geschichte des Antisemitismus in Deutschland und zu Konrad Wolf. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Bühnenstück von Friedrich Wolf, das dieser bereits im Sommer 1933 schrieb. Konrad Wolf liefert nicht nur eine psychologische Studie über die Unfähigkeit eines Intellektuellen, in den Grenzen der bürgerlichen Ideologie den Nationalsozialismus zu begreifen, er macht ebenso eindringlich deutlich, daß Antisemitismus von Anbeginn eine Grundlage des Nationalsozialismus war und unter Tatkräftiger Beteiligung der deutschen Bevölkerung Juden verfolgt wurden.

15.11. Jakob der Lügner (DDR 1974, Regie: Frank Beyer), 19 Uhr.

In der Verfilmung des Romans von Jurek Becker werden die BewohnerInnen eines osteuropäischen Ghettos in ihrer Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit dargestellt. Gleichzeitig zeigt der Film eine melancholische, leise Art des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie.

Kurdistan

14.11. Informationsveranstaltung vom Infocafe B5 und Heyva sor a Kurdistane (Kurdischer Roter Halbmond). Ab 16 Uhr: Bilderausstellung über Südkurdistan (Nordirak) und über das Flüchtlingslager Artrush. Ab 18 Uhr: Kurdisches Essen. Anschließend stellt Heyva ihre Arbeit in Europa/BRD vor und berichtet über ihre Arbeit in Kurdistan. Ein Thema wird das Flüchtlingslager Artrush sein. Dazu werden Dias gezeigt. Kurdische Musik wird den Abend begleiten.

Bullen besetzen Göttingen.

4000 Bullen verwandelten Göttingen laut offiziellen Angaben am Vorabend des dritten Oktober in eine Polizeifestung. Grund dafür war die wenige Tage zuvor verbotene antifaschistische Demonstration, organisiert von der Autonomen Antifa (M), AJF und dem Politischen Arbeitskreis, die dieses Jahr staatliche Repression thematisieren sollte und dies ja auch, wenn auch anders als geplant, sehr eindrucksvoll tat. Im Vorfeld der Demonstration bereitete die Hetze von offiziellen Stellen und Zeitungen, die der von Anklagen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129) bedrohten Autonomen Antifa (M) Plünderungen und Verwüstungen bei vergangenen Demonstrationen unterstellte und vor Chaostagen in Göttingen warnte, die Grundlage für Verbot und Aufmarsch der verbeamteten Schlägertrupps.

Grüne und Komitee 129 meldeten daraufhin eine Kundgebung zum Protest gegen das Verbot an, an der sich etwa 1000 Menschen beteiligten. Nach Abschluß der Kundgebung bildete sich ein spontaner Demonstrationszug, der sich als wandernder Polizeikessel durch die Innenstadt zum Jugendzentrum bewegen musste. Am JuZI eskalierte die Situation, als ein Trupp Bullen plötzlich auf die DemonstrantInnen einprügelte. Es gab ein Dutzend Verletze und knapp 20 Festnahmen.

Ganz anders am 21.10. im nur wenige Kilometer entfernten Northeim, wo 800 Faschisten aus dem gesamten Bundesgebiet zunächst ungehindert auf dem Anwesen von Thorsten Heise (ex-FAP-Landesvorsitzender Niedersachsen) an einer verbotenen Veranstaltung teilnahmen. Erst nachdem die Feuerwehr am Löschen eines Feuers gehindert wurde, griff die Polizei ein (jW 23.10.95).

Die Eröffnung des Verfahrens gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) wegen angeblicher Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 wird für das Frühjahr 1996 vor der Staatsschutzkammer in Lüneburg erwartet.

Solikonto für die nach § 129 Angeklagten: Antifaschistische Liste, Stichwort: Solidarität, KTO: 150 497 006, BLZ: 260 500 01.



HbW stinkt!

Ein Auftritt von HbW in der kleinen Stadt Salzwedel (Ex-DDR) am 21.10.95 fand in einem ekelhaft nach Buttersäure stinkenden Saal statt. Das Lokal wurde von Frauen blockiert, andere GenossInnen verteilten Flugblätter gegen HbW. Diese brachten ihrerseits per Flugi ihre "antisexistische Arbeit" noch einmal in aller Deutlichkeit zum Ausdruck:

Das "Gerücht einer angeblichen Vergewaltigung" (durch Michael, einen HbW'ler) sei der "Gipfelpunkt einer Anti-HbW Hetzkampagne", der sowieso nur noch einige "antisexistische Splittergruppen" Beachtung schenkten. Denn jeder vernünftig denkende Mensch weiß ja, daß die Tatsache, daß eine Vergewaltigung nicht angezeigt wird, ein objektiver Beleg dafür ist, daß sie nicht stattgefunden hat. Das "verkorkste Gerede" darum ist vielmehr "bloßes Nachplappern von political-correctness-Dogmen" von "selbsternannten HüterInnen der autonomen Ordnung und Wahrheit".

Gut, daß einige antisexistische Splittergruppen dem ätzenden Gelabere von HbW (jetzt "Härter bis Wolkig) die passende Duftnote verliehen haben.



Veranstaltungen im November:

Floravollversammlung am 8. 11. 95, 19.00 Uhr.

Am 8. 11. ist der neuangesetzte Termin, wo alle Leute aus der Flora zusammenkommen sollen, um über die weitere (gemeinsame) Struktur des Hauses nachzudenken. Die VV wurde im Sommer angesetzt, um nach der Konstituierung des Orgarates zu beratschlagen, wie dieser nach ca. 100 Tagen arbeitet und ob er funktioniert. Es gab schon einmal einen Termin für diese VV im Oktober, dieser wurde jedoch verschoben, da sich nur 10-12 Leute zum Thema in der Flora einfanden.

Regelmäßige Termine in der B5

Ab sofort ist jeden Dienstag ab 16 Uhr Infocafe von der Kurdistan Solidarität, ab 19 Uhr Vokü.

Jeden Freitag ab 19.30 Uhr Antifacafe mit Vokü.

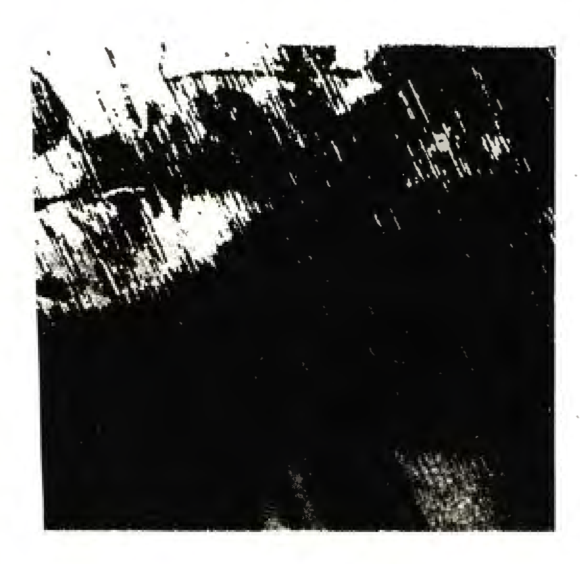
Jeden ersten Donnerstag ab 19.00 Uhr FrauenLesben Vokü.

Jeden ersten Samstag FrauenLesben Disco.

Veranstaltungen der einzelnen Gruppen werden jeweils vorher angekündigt.

Frauen und Lesben im sowjetischen und neuen Rußland

Am Mittwoch, den 8.11.95 um 20 Uhr findet im Linken Laden, Kleiner Schäferkamp 46 die Auftaktveranstaltung für eine politische FrauenLesben-Reise nach Rußland statt; mit Informationen, Film ("Orangene Westen") und Diskussion zu Geschichte von Frauen in der SU und Rußland, Alltag und Geschichte von Lesben, Frauen gegen den Krieg: die Soldatenmütter und die Frauen des Kaukasus.



Tagung: Keine Macht ohne Drogen.

Tagung zu Drogen und autoritärer Formierung. AGs: Sicherheitsapparate, Gesundheitspolitik, Der Staat und die Legalisierung, Drogenökonomie. Podiumsdiskussion zu Drogen und Autoritarisierung. Veranstalter: Bundesarbeitskreis Drogen der Jungdemokraten/Junge Linke. 4.11. Uni Hamburg, Philosophenturm, Hörsaal E, ab 10 Uhr.

FSK-Inforedaktion

8.11. Das Freie Sender Kombinat (FSK) lädt ein zur Gründungsveranstaltung für die zukünftige Info-Redaktion eines täglichen politischen Nachrichtenmagazins im Rahmen des FSK-"Fensters" auf 89,1 MHz ein. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen sind aufgerufen, sich zu beteiligen! Studio, Schulterblatt 23c, 19 Uhr.

Tasting Freedom

8.11. Veranstaltung der Werkstatt 3 und der Gruppe "Was tun!"
Film "Tasting Freedom (migrant media, London 1994, 5o min, OF). Dokumentation über die Kämpfe von Flüchtlingen und ImmigrantInnen-Communities gegen Haftanstalten und Abschiebungen in GB. Bericht von zwei VertreterInnen des Autonomen Zentrums Amsterdam über die Europäisierung der Abschiebepolitik und ihre Arbeit im Solidaritätsnetzwerk für Illegale in den Niederlanden. Lichtmeß-Kino, 19 Uhr.

Aktuelles zu den Razzien und Verhaftungen am 13.6.

Quelle: "Radikale Zeiten", Nullnummer, 10/95

Seit den Verhaftungen sind inzwischen 4 Monate vergangen. Wie es schon aus vielen § 129/a- Ermittlungsverfahren bekannt ist, läßt sich die BAW auch in diesem Verfahren mit der Herausgabe von Akten viel Zeit. Das heißt im Klartext, daß nach über 4 Monaten Haft nicht mehr vorliegt, als 2 Ordner mit kopierten „radikal"-Artikeln, ein Stimmgutachten zur angeblichen Identifizierung der Beschuldigten und seit kurzem das Abhörprotokoll von dem Eiffel-Treffen.

Am 21.9.95 hat bei Andreas, der in Lübeck einsitzt, die 2. Haftprüfung stattgefunden. Andreas wurde von Lübeck zum Polizeipräsidium nach Hamburg transportiert. Schon vor dem Transport wurde er in der JVA an Händen und Füßen gefesselt. Im Polizeiwagen wurden Hände und Füße zusammengebunden, so daß er nur gebückt sitzen konnte.Vorne saß ein Mitglied einer Polizeisondereinheit mit MP, neben ihm einer mit Tonfa.Der Transportwagen wurde von zwei weiteren begleitet.Sowohl vor der Haftprüfung als auch danach wurde Andreas einer vollständigen Leibesvisitation unterzogen.Auch die Anwältin wurde kontrolliert. Während der gesamten Zeit hatten Andreas und seine Anwältin keine Gelegenheit, unüberwacht miteinander zu sprechen. Die Haftprüfung endete, wie kaum anders zu erwarten war, mit der Aufrechterhaltung der Haft.

Die erste Haftprüfung hat bei Andreas, Ralf und Werner Ende Juni bzw. Anfang Juli stattgefunden. Dabei wurde die Haft in erster Linie mit der „hochkonspirativen" Arbeitsweise der angeblich kriminell Vereinigten und der sich daraus ergebenden Verdunklungsgefahr begründet.Damals war darauf verwiesen worden, daß z.B. Disketten, die bei der Durchsucnung beschlagnahmt wurden, noch nicht entschlüsselt seien. Nach Angaben von Ermittlungsrichter Beyer und BAW bei Andreas` Haftprüfung sind inzwischen Disketten entschlüsselt, die den Gefangenen zugeordnet werden.Jetzt ist die Argumentation, daß der Beschuldigte ja nicht an der Entschlüsselung mitgewirkt habe, deshalb bestehe nach wie vor Verdunklungsgefahr. Beyer wies diesmal auch nochmal ausdrücklich auf die angeblich bestehende Fluchtgefahr hin.

Dieses begründete er damit, daß sich vier Personen trotz fester Arbeit/Studium und sozialer Bindung ihrer Verhaftung entziehen würden.



radikal - „Vereinsblatt" aller „terroristischen Vereinigungen" ?

Die Ausführungen von Richter Beyer und dem Staatsanwalt der BAW während der Haftprüfung und einige andere Kernsätze aus verschiedenen Beschlüssen haben nochmal deutlich gemacht, in welche Richtung das Konstrukt gegen die „radikal" laufen soll. Am Anfang wurde vielfach die Einschätzung vertreten, daß die Verfahren vom 13.6., also gegen die „radikal". das „K.O.M.I.T.E.E." , die AIZ und RAF, vier verschiedene und voneinander unabhängige Verfahren darstellen, die eventuell aus propagandistischen und praktischen Erwägungen und zur Stärkedemonstration staatlicherseits bei der Durchsuchungswelle zusammengelegt wurden. Der gemeinsame Nenner bestand auf der juristischen Ebene erstmal scheinbar nur darin, daß die „radikal" mit dem Ab-



druck von Anschlagserklärungen u.a. von AIZ und K.O.M.I.T.E.E. für diese Gruppen geworben haben soll. Nach dem jetzigen Erkenntnisstand versucht die BAW, radikale Widerstandspresse und militante Aktionen auch organisatorisch zu vermengen.

Für BAW und BGH ist die „radikal" keine Zeitung. Vielmehr sei sie als Untergrunddruckschrift das Werk einer kriminellen Vereinigung, durch die die Kommunikation zwischen sämtlichen bundesweit agierenden sogenannten „linksterroristischen Gruppierungen" erst hergestellt würde. Die „radikal" würde diese Strukturen aufrechterhalten und außerdem neue Mitglieder anwerben. Die BAW versucht, direkte Verbindungen zwischen den angegriffenen Gruppen herzustellen.

Dafür kurz einige Beispiele:

- Die RAF und die „radikal"-Redaktion würden angeblich gleiche Treffpunkte benutzen, wie z.B. die Hütte in der Eiffel.

- In Bremen werden zwei Personen sowohl der „Mitgliedschaft in der „kriminellen Vereinigung radikal" als auch in der „terroristischen Vereinigung AIZ" beschuldigt.

- Auf einer der kürzlich entschlüsselten Disketten befände sich ein Text zu Kurdistan, und damit ließe sich die Verbindung zum K.O.M.I.T.E.E. erkennen.

Die Schärfe des Verfahrens wird also zunehmend deutlicher. Weitergehender noch als die Darstellung der „radikal" als „Vereinsblatt" aller sog. terroristischen Vereinigungen, ist die Behauptung der BAW, von der Zeitung gehe „eine Gefahr für Leib und Leben „ aus, indem die „radikal" nahezu mitverantwortlich für jeden Anschlag gemacht wird, der einer als terroristisch definierten Gruppe zugeordnet wird. Damit zeichnet die BAW letztlich das Bild einer großen „Vereinigung", die arbeitsteilig und mit unterschiedlichen Schwerpunkten agiert. Die konkrete Durchführung von Anschlägen wird mit deren Dokumentation in einer Zeitung gleichgesetzt.

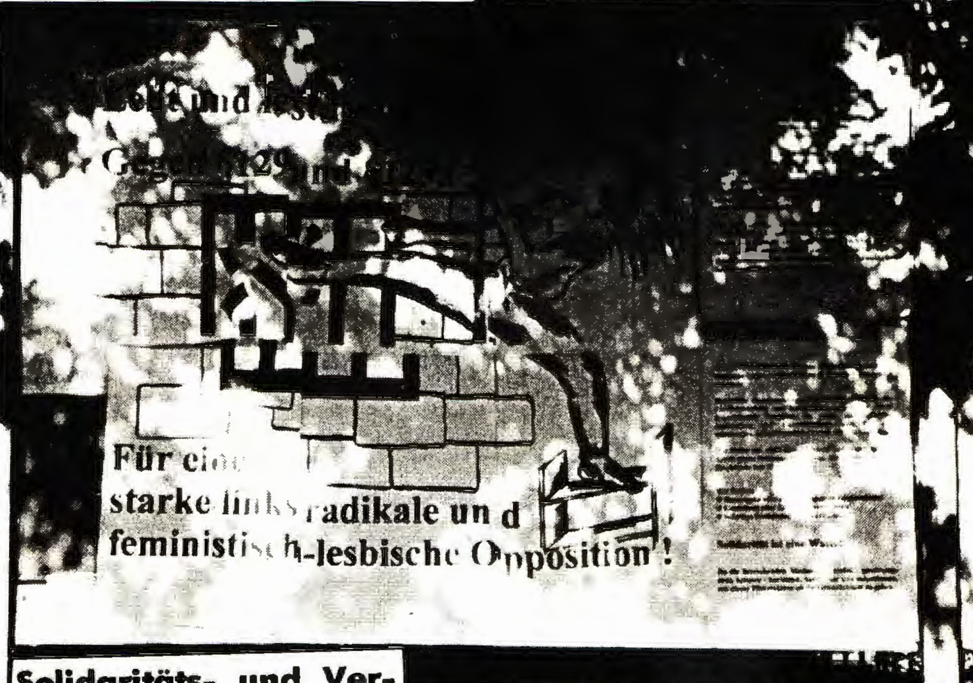


Zur Situation der Gefangenen

Die Schärfe des Angriffs durch den Staatsapparat wird auch an der Situation der Gefangenen besonders deutlich. Alle vier unterliegen seit ihrer Inhaftierung am 13.6 verschärften Haftbedingungen: Sie befinden sich 23 Stunden am Tag in Einzelhaft, eine Stunde täglich haben sie alleine Hofgang.Sie sind von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen und werden von anderen Gefangenen streng isoliert. Das Haftstatut enthält außerdem die Anordnug, die Gefangenen in einem „besonders gesicherten Haftraum" unterzubringen. Andreas in Lübeck wird deshalb z.B unter dem Vorwand, die dortige JVA entspräche baulich nicht den Vorschriften, alle paar Wochen in eine andere Zelle verlegt.

Die Gefangenen haben zweimal im Monat jeweils eine Stund Besuch, der unter LKA-Überwachung und mit Trennscheibe (außer bei Angehörigen) stattfindet. Unter dem Vorwand der möglichen „verdeckten Kontaktaufnahme" und „illegaler Nachrichtenübermittlung" werden Besuchsanträge von FreundInnen und GenossInnen abgelehnt. Sämtliche Post der vier geht über den Ermittlungsrichter in Karlsruhe.Dort wird sie gelesen, gegebenenfalls zensiert, angehalten oder beschlagnahmt. Das massenhafte Anhalten von Briefen in der Postzensur macht nochmal ganz deutlich, daß es darum geht, jeden Kontakt nach draußen zu erschweren und vor allem jede politische Information und Diskussion zu verhindern. Werner wird es zudem verwehrt, die "taz" und die "junge Welt" im Abo zu erhalten. Es wird versucht, die soziale und politische Isolierung der Gefangenen auf allen Ebenen durchzusetzen.

Diese Behandlung der Gefangenen soll der Einschüchterung und Abschreckung dienen. Darüberhinaus liegt darin der Versuch und die Gefahr einer Vorverurteilung, indem an den Gefangenen ein Bedrohungsszenario aufgezogen wird, das sie zu „besonders gefährlichen „ Gefangenen hochstilisiert.



Solidaritäts- und Veranstaltungswoche zu den bundesweiten Razzien vom 13. 6. 95

In der Woche ab Fr. den 24. 11. 95 planen einige Menschen aus linken Zusammenhängen eine Aktionswoche, um eine breitere Öffentlichkeit zu schaffen, gemeinsam zu diskutieren und Informationen auszutauschen. Ziel der Woche soll auch sein, möglichst viel Geld für die Prozeßkosten zu sammeln und die Situation der Gefangenen zu erleichtern. Geplant ist eine bunte Woche als Rahmen für Veranstaltungen und Partys. Wir würden ja gerne an dieser Stelle das Programm der Woche abgedruckt haben, aber leider stehen die Termine noch nicht fest. Die Lesung von D. Gehrke am 28. 11. im B-Movie gehört aber zum Programm, genauso wie die Eröffnungsfeier der Woche am 24. 11. in der Roten Flora.

radikal - ein Interview

Was ist denn für das Sebstverständnis der "radikal" heute am wichtigsten? Spielt es eine wichtige Rolle, daß die Zeitung verdeckt produziert wird?

Die verdeckte Arbeit ist notwendig, weil wir sonst viele Texte nicht veröffentlichen könnten, die wir wichtig finden. Nur so sind wir wirklich von den staatlichen Organen unkontrolliert und können z.B. über Militanz schreiben, oder über Alltagskriminalität, die oft auch subversiven Charakter hat, oder auch über bewaffneten Kampf. Wir würden nicht sagen, daß die Form der Organisierung den Inhalt prägt: Es ist eher andersrum. Die Leute, die vor 19 Jahren angefangen haben die "radidkal" zu machen, haben ohne Schere im Kopf veröffentlicht, was sie wichtig gefunden haben. Das hatte dann zur Folge, daß sie seit 1978 ein Verfahren nach dem anderen am Hals hatten. Deswegen haben sich dann 1985 Leute entschieden, die "radikal" künftig so herauszubringen, wie sie heute erscheint: verdeckt, mit Tarnadresse im Ausland. Damit sind wir diesen staatlichen Zensurmaßnahmen nicht mehr ausgesetzt.

Nun ist das ja eine aufwendige und riskante Produktionsweise. Lohnt sich der Aufwand denn, nur um dann auch Anleitungen zum Bombenbau oder für Sprengsätze veröffentlichen zu können, wie das die "radikal" in der Vergangenheit gemacht hat?

Natürlich haben wir früher viele Bastelanleitungen veröffentlicht. Die haben aber eher marginale Bedeutung. Wir haben es in der letzten Zeit auch gelassen, weil wir eine Diskussion hatten und auch viel Kritik kam. Militanz wird heute von den Rechten dominiert und richtet sich vor allem gegen Flüchtlinge. Wir müssen deswegen anders damit umgehen, als in den 80er Jahren, wo Militanz andere Ziele hatte und unsere Sache war. Bei dem Angriff jetzt geht es auch nicht speziell um diese Bastelanleitungen, sondern um Diskussionen in der "radikal", die offen und nicht mit der Schere im Kopf geführt werden. Und wenn man sagt, wir wollen die Verhältnisse hierzulande langfristig radikal ändern, dann muß auch eine Diskussion möglich sein, die sich nicht auf das beschränkt, was staatlicherseits vorgegeben ist.

Was ist heute die Funktion von "radikal"? Ist die Zeitung noch mehr als ein Stück nostalgischer Erinnerung: Wie schön waren die 80er Jahre?

Wir sehen die "radikal" nicht als Relikt der 80er Jahre. Sie ist heute viel weniger eine Zeitung, die in den Metropolen gelesen wird, als früher, sie spielt z.B. auf dem Land und in den kleinen Städten, wo nicht überall Infoläden sind, eine wichtige Rolle. Und auch die Themen haben sich verändert. Wenn du dir die letzten Ausgaben anschaust, dann sind auch viele Diskussionen über die neue Situation drin: Über den Krieg in Kurdistan, oder eine Ausarbeitung zur patriarchal-kapitalistischen Geschichte, oder über den Aufstieg Deutschlands zur neuen Militär- und Großmacht. Wir finden es wichtig, daß die Zeitung etwas anderes ist als der Mythos "radikal", den wir zugegebenermaßen auch manchmal hochgehalten haben und den vor allem die Bundesanwaltschaft auch hochhalten will: Daß wir ein Blatt waren, das schwerpunktmäßig zur Militanz aufruft. Wir versuchen aber ein linksradikal-pluralistisches Blatt zu machen.

Hat die Durchsuchungs- und Verhaftungswelle vom 13.6. die "radikal" überrascht?

Ein bißchen schon, weil wir in den letzten Jahren keine größeren Repressionsverfahren mehr mitgekriegt haben. Es gab mal hier und da eine Beschlagnahmung, aber das war's dann schon. Insofern waren wir schon überrascht. Zumal wir die Bedeutung der Zeitung fur die radikale Linke jetzt nicht zu hoch hängen würden. Wir denken auch, daß es falsch wäre zu sagen, die Bundesanwaltschaft wollte jetzt vor allem die "radikal" plattmachen, weil sie so eine extrem gefährliche Zeitung ist. Sicher: Die haben in Karlsruhe noch eine alte Rechnung mit uns zu begleichen. Aber sie haben ja am 13. Juni auch Hausdurchsuchungen wegen AIZ, KOMITEE und RAF gemacht - wobei sie überall ziemlich wenig angeblicher Beweise in der Hand hatten, so daß die Aktion wohl eher ein Versuch war, die Szene etwas zu durchleuchten. Das hat Bundesinnenminister Kanther am Abend in den Tagesthemen ja auch deutlich gesagt. Vielleicht versuchen sie auch die Schlappe wettzumachen, die sie bei dem Versuch, die Göttinger Antifa M als terroristische Vereinigung zu kriminalisieren, eingesteckt hat.

"Radikal" wird ja als kriminelle Vereinigung verfolgt, weil sie das Ziel haben soll Straftaten zu begehen. Ist das tatsächlich ihr Ziel?

Was heißt Straftaten? Klar begehen wir Straftaten, weil wir Texte veröffentlichen, die verboten sind. Unser Ziel ist aber etwas anderes: Wir wollen die Organisierung der radikalen Linken in Deutschland ein bißchen vorantreiben und das eben dadurch machen, daß wir eine Zeitung herstellen. Und zu dieser angeblichen Vereinigung muß man auch was sagen: Da steht ein sehr hierarchisches Bild dahinter, das gar nicht unserer Arbeitsweise entspricht. Es gibt bei uns keine alles entscheidende Zentrale. Manche Leute schikken einen Artikel. Eine Gruppe schreibt Diskussionspapiere über Kurdistan, andere schlagen sich hinter der Druckmaschine die Nächte um die Ohren. Es gibt welche, die bringen 1 Heft in den Knast und andere, die tragen zehn Exemplare ins Dorf nebenan. Und welche von denen sind jetzt "radikal" und welche nicht?

Was für eine Perspektive hat die Zeitung jetzt noch? Muß sie das Erscheinen einstellen?

Nein. Wir organisieren uns ja gerade so, wie wir es tun, damit wir nicht beim ersten Schlag, wenn die Bundesanwaltschaft behauptet, sie habe angebliche radi-Mitarbeiter festgenommen, sagen müssen: Oje, die meinen es wirklich ernst, die fahren ganz schön auf, also lassen wir es lieber. Es läßt uns aber auch nicht ganz unberührt. Wenn die Bundesanwaltschaft die halbe radikale Linke Deutschlands durchleuchtet, hat das auch Auswirkungen auf unsere Arbeit.

Die Solidaritätsaktionen haben sich erstmal in Grenzen gehalten. Was sagt "radikal" dazu?

Es hat schon viel gegeben: Knastdemos, Veranstaltungen, Kundgebungen, Flugblätter und Plakate - und das finden wir natürlich erstmal sehr gut. Was uns fehlt, ist daß über die Notwendigkeit, so eine Zeitung zu haben, diskutiert wird. Das ist aber wichtig, denn



wie genau wir weitermachen, das hängt nicht vom LKA und der Bundesanwaltschaft ab, sondern davon, ob so eine Zeitung gebraucht wird, ob sie gewollt wird. Wir finden, daß auch zu wenig über den eigenen Tellerrand hinausgeschaut wird. Jenseits der linken Szene gibt es ja auch noch Leute, die nicht hinnehmen wollen, daß Worte, Meinungsäußerungen und Medienarbeit kriminalisiert werden.

Die bürgerliche Pressefreiheit ist für "radikal" also doch ein Wert?

Ja. Pressefreiheit ist eine widersprüchliche Sache. Wir als "radikal" haben uns aufgrund unserer Geschichte und unserer Erfahrungen mit Repression so organisiert, daß es inkonsequent wäre, jetzt einfach Pressefreiheit für uns zu fordern. Auf der anderen Seite ist es auch Quatsch, wenn andere sagen, wir fordern keine Pressefreiheit, weil das ein bürgerliches Recht ist und der Feind sie uns sowieso nicht zugesteht. Die radikale Linke klagt im Augenblick an ganz vielen Punkten bürgerliche Grund- und Menschenrechte ein: Wenn es um das Bleiberecht von Flüchtlingen geht oder auch wenn es um Isoaltionshaft im Knast geht - immer klagen wir die Verwirklichung bürgerlicher Errungenschaften ein. Und wir finde es ganz falsch, wenn man dieses Terrain freiwillig verläßt. Das hätte nur negative Folgen. Es wäre auch quatsch, weil es viele Zeitungen in der BRD gibt, die legal erscheinen und deren Möglichkeiten wesentlich dadurch bestimmt sind, wie weit die Pressefreiheit reicht. Und unsere Arbeit, so wie die Zeitung hergestellt wird, hat natürlich auch bestimmte Mängel. Wir haben Probleme unser regelmäßiges Erscheinen hinzukriegen, wir haben manchmal Probleme aktuell zu sein und wir sind persönlich auch stellenweise ganz schön ausgelaugt. Wir dürfen uns nichts vormachen: Es ist nicht die Perspektive für sämtliche linken Medien, sich illegal zu organisieren. Das muß punktuell entschieden werden. Wir haben uns entschieden und könne jetzt auch nicht zurück. Die Bundesanwaltschaft würde sich ganz schön freuen wenn wir uns jetzt einfach melden würden. Aber deswegen das Recht auf Pressefreiheit völlig zu verwerfen - das ware politisch total dumm.

Das Interview wurde für den Film "Happy Birthday, Haftbefehl - Das 150. Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift radikal" gemacht, den Bertram Rotermund (Medienwerkstatt Freiburg) und Oliver Tolmein für Kanal 4 realisiert haben.
Das Video kann bestellt werden bei: Medienwerkstatt Freiburg: 0761-701796 (Fax)

Solidaritätslesung von Doris Gehrke für die Gefangenen vom 13.6.

Doris Gehrke liest am 28.11. um 20 Uhr im B-Movie (Brigittenstr. 5) aus ihrem neuen Buch "Kein fremdes Land", in dem sie beschreibt, in welche Richtung sich die Verhältnisse in Deutschland verschärfen könnten. Diese Lesung findet im Rahmen der Solidaritätswoche für die Gefangenen vom 13.6. statt.

Offener Brief an die Antifa (M) in Göttingen

Wie uns bekannt wurde, hat die Antifa (M) einen Vergewaltiger in ihrer Struktur, der auch nach seiner Öffentlichmachung als solcher noch in der Gruppe arbeitet und an Aktionen teilnimmt. Auf die Aufforderung von FrauenLesbenzusammenhängen an die Antifa (M), zu dieser Tatsache öffentlich Stellung zu beziehen und sich von dem Vergewaltiger zu distanzieren wurde nicht reagiert. Die einzige Antwort, die bisher gefunden wurde, ist ein zweifelhafter Ausschuß, der - ähnlich einem bürgerlichen Gerichtsverfahren - den "Fall" aufklären soll. Diese Art von Umgang mit Vergewaltigung unterscheidet sich nicht von dem innerhalb der patriarchalen Gesellschaft, die es anzugreifen gilt. Der betroffenen Frau wird nicht geglaubt und somit faktisch Täterschutz betrieben. Dies steht in deutlichem Widerspruch zu den bisher von der Antifa (M) formulierten antipatriarchalen und antisexistischen Ansprüchen.
Sexuelle Gewalt wird individualisiert, wenn sich nach jeder öffentlich gemachten Vergewaltigung an den einzelnen Tätern abgearbeitet wird und den betroffenen Frauen mit permanenten Detailfragen die Mündigkeit abgesprochen wird, eine Vergewaltigung als solche zu definieren und zu benennnen. Die Diskussion um sexuelle Gewalt und Vergewaltigung wird damit in den Privatbereich abgedrängt und ihre gesamtgesellschaftliche Dimension als patriarchales Herrschaftsinstrument zur Unterdrückung von Frauen ignoriert.
Gegenstand einer Diskussion kann nicht die detailierte Beschreibung einer Vergewaltigung sein, sondern muß ein Benennen und Beseitigen der Ursache sein. Die Individualisierung "einzelner Vergewaltigungsfälle" muß verhindert werden und die betroffene Frau in ihrer Öffentlichmachung uneingeschränkt unterstützt werden. Theoretisch formulierte Ansprüche müssen in konkretes Handeln umgesetzt werden, um Ansätze einer gewalt- und herrschaftsfreien Gesellschaft zu schaffen.

Unsere konkreten Forderungen sind:
- Als ersten Schritt eine öffentliche Stellungnahme der Antifa (M) zu ihrem Umgang mit Vergewaltigern (im allgemeinen und konkretem!)
- Öffentlichmachung ihrer Diskussionsprozesse zu diesem Thema
- Schluß mit den Angriffen auf Frauen, die Vergewaltiger benennen!
- Keine Duldung von Sexisten und Vergewaltigern in unseren Strukturen!

FrauenLesben Regionalplenum Niedersachsen/Sachsen-Anhalt

Oktober 1995

Staatsschutzermittlungen gegen das teilbesetzte Haus in der Fritzlarer-Straße/Frankfurt-Main

Motorradkoffer und ein Dienstfahrzeug
Am 27.3.93 sprengte nur wenige Tage vor seiner Belegung ein Kommando "Katharina Hammerschmidt" der RAF den Knastneubau in Weiterstadt. Die JVA-Weiterstadt zählt zu den Knästen neuester Betriebsweise und Bauart. Untergebracht in den zweifelhaften Errungenschaften des "Wohngruppenvollzugs", sollen dort mehrere Hundert Gefangene in variablen Zellenblocks lückenlos überwacht sowie sozial konditioniert werden. "Wohngruppenvollzug" und kleine Gefangenengruppen in Weiterstadt beinhalten, die kombinierten Erfahrungen von über 20 Jahren staatlicher Isolationsfolter und langjähriger Kleingruppenhaft gegen politische Gefangene auch im Normalvollzug nutzen zu können. Die Sprengung verzögerte die Fertigstellung eines der modernsten Hochsicherheitsgefängnisse um mehr als vier Jahre. Es waren nicht nur Gefangene, die sich darüber offen freuten.

Auf den Tag genau drei Monate später wird auf dem Bahnhof von Bad Kleinen Wolfgang Grams im Zuge einer Geheimdienstoperation erschossen. Birgit Hogefeld wird festgenommen. Nur wenige Tage später stellt sich heraus, daß erst der Verrat des Verfassungsschutz-Spitzels Klaus Steinmetz diese blutige Aktion gegen die RAF ermöglichte. Der Spitzel Steinmetz stand im Auftrag des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz. Nachfolgende Recherchen ergaben, daß er nahezu über ein Jahrzehnt unterschiedlichste Strömungen und Zusammenhänge der radikalen Linken unterwandert hatte. Seit dem 21.8.95 wird nun auch im Prozeß gegen Birgit Hogefeld die Sprengung des Knastbaus verhandelt.

Der Zusammenhang zur Fritzlarer Straße
Am 18.1.94 wird das Ermittlungsverfahren gegen Klaus Steinmetz wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" - gemeint ist die RAF - und dem "Verdacht der Nichtanzeige von Straftate" eingestellt. Kurze Zeit danach wird das Auto von Steinmetz in der Wiesbadener Innenstadt beschlagnahmt, sein Motorrad einen Monat später - beides "ein großartiger Fahndungserfolg", wie die Behörden melden. Schon das mutet etwas seltsam an, wußten die beschlagnehmenden Stellen dank offenkundiger Observationen doch stets, wo sich die Steinmetz-Fahrzeuge befanden.

Die nachfolgende kriminaltechnische Untersuchung beider Fahrzeuge ergab, soweit bisher den spärlichen Beschlüssen zu entnehmen ist, folgende Ergebnisse: "In dem PKW fanden sich Spuren des Explosivstoffes Nitropenta, an dem Motorrad Spuren gewerblichen Sprengstoffes. Vergleichbare Sprengstoffkomponenten wurden auch an dem Tatort des Sprengstoffanschlages gegen die JVA Weiterstadt nachgewiesen. (...) Die genannten Ermittlungsergebnisse begründen den Verdacht, daß bislang unbekannte Mitglieder oder Unterstützer der Rote Armee Fraktion (RAF) den PKW und das Motorrad des Klaus Steinmetz benutzt haben und möglicherweise Sprengstoff transportiert haben. Beide Fahrzeuge standen für einen langen Zeitraum - vor und nach dem Anschlag auf die JVA Weiterstadt - einem größeren Personenkreis ... zur Verfügung."

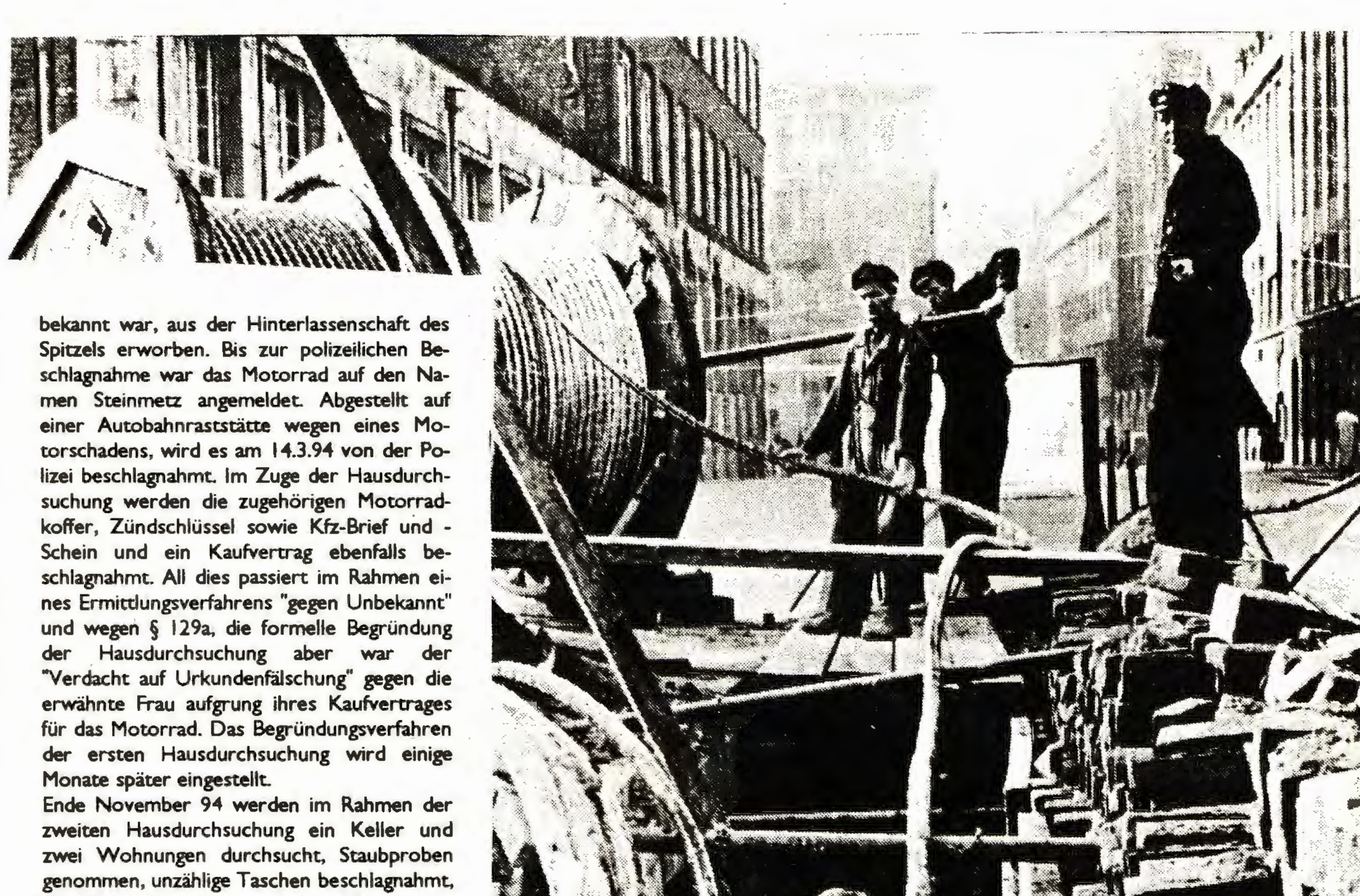
Entsprechend reagierten die Medien: "Sprengstoffspuren im Auto des V-Mannes" oder "Neue Indizien für eine Beteiligung des V-Mannes am RAF-Anschlag in Weiterstadt" (taz, 16.4.94)

Um den Spitzel und seine vermeintlichen Unternehmungen aus dem öffentlichen Schußfeuer herauszuziehen, wird das bis dato laufende Verfahren gegen ihn von der Bundesanwaltschaft eingestellt. Damit halten sich die staatlichen Behörden ein weiteres Vorgehen gegen ihren Mitarbeiter offen.

Es ist nicht rein spekulativ, davon auszugehen, daß das Kölner Bundesamt und seine rheinland-pfälzische Verfassungsschutz - Filiale nicht alles Wissen bezüglich ihres Spitzels der Bundesanwaltschaft und dem BKA zur Verfügung stellte. Wie im aktuellen Prozeß gegen Birgit Hogefeld bekannt wurde, sind genau jene Akten, die das oben genannte Verfahren gegen Steinmetz betreffen, von einer anderen Behörde per Sperrvermerk aussortiert worden. Verfassungsschutz plus Innenministerium mauern also; offensichtlich, wenn denn dem Bundesanwalt im Prozeß gegen Birgit geglaubt werden kann, zur Zeit auch gegenüber der BAW. Eine Sache, die mit keinerlei Interese größer publik gemacht wird. Derartiges wird eben soweit wie möglich intern geklärt und abgewickelt. In diesem Sinn ist auch die Verfahrenseinstellung gegen Steinmetz zu betrachten. Denn an anderen Orten werden dagegen Ermittlungen nicht eingestellt. Die Karsruher Behörden schaffen sich am 24.3.94 Abhilfe, indem sie das bereits geschlossene Verfahren, welches namentlich ihren Mitarbeiter betraf, modifizieren und neu eröffnen. Nun allerdings wird wegen der bereits bekannten "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" nicht mehr gegen Steinmetz, sondern "gegen Unbekannt" ermittelt. Die bewußt gewählte Verallgemeinerung schafft die notwendigen juristischen Voraussetzungen für die kommende Ausweitung der Ermittlungen. Ausgerüstet mit dieser Prämisse, durchsuchen BKA und BAW nun dreimal das Haus in der Fritzlarer Straße.

Die ersten zwei Hausdurchsuchungen
Am 10.4.94 findet die erste großangelegte Hausdurchsuchung in der Fritzlarer Straße statt. Als "Begründung" dient das Motorrad von Klaus Steinmetz. Nach der Geheimdienstoperation in Bad Kleinen wurde es von einer Frau aus der "Fritze", die mit Steinmetz





bekannt war, aus der Hinterlassenschaft des Spitzels erworben. Bis zur polizeilichen Beschlagnahme war das Motorrad auf den Namen Steinmetz angemeldet. Abgestellt auf einer Autobahnraststätte wegen eines Motorschadens, wird es am 14.3.94 von der Polizei beschlagnahmt. Im Zuge der Hausdurchsuchung werden die zugehörigen Motorradkoffer, Zündschlüssel sowie Kfz-Brief und -Schein und ein Kaufvertrag ebenfalls beschlagnahmt. All dies passiert im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens "gegen Unbekannt" und wegen § 129a, die formelle Begründung der Hausdurchsuchung aber war der "Verdacht auf Urkundenfälschung" gegen die erwähnte Frau aufgrung ihres Kaufvertrages für das Motorrad. Das Begründungsverfahren der ersten Hausdurchsuchung wird einige Monate später eingestellt.

Ende November 94 werden im Rahmen der zweiten Hausdurchsuchung ein Keller und zwei Wohnungen durchsucht, Staubproben genommen, unzählige Taschen beschlagnahmt, die Wohnungen fotografiert und Skizzen angefertigt. Auch zwei Motorräder und ein Auto werden kurzfristig beschlagnahmt. Der anwesende Bundesanwalt Griesbaum verfügt noch für den gleichen Tag drei ZeugInnenvorladungen. Alle drei Personen gehen am Nachmittag zum Polizeipräsidium. Im Verhör wird ihnen mitgeteilt, daß in den Motorradkoffern des Klaus Steinmetz, die in einer der Wohnungen während der ersten Hausdurchsuchung im April sichergestellt worden waren, Sprengstoffspuren gefunden worden seien. Die morgendliche Durchsuchung, das Verhör am Nachmittag, sowie die bis dahin unbekannten Sprengstoffvorwürfe erzeugen Unsicherheit. Die Betroffenen machen Aussagen zur Wohnsituation in der Fritzlarer Straße und antworten auf die Frage, wer dort Motorrad fährt.

Die dritte Durchsuchung und ihre Folgen

Bis heute sind die konkreten Umstände des Mordes an Wolfgang Grams ungeklärt. Von staatlicher Seite hat es diesen Mord nie gegeben: Wolfgang Grams hat sich, schwer verletzt und nahezu bewegungsunfähig auf den Gleisen liegend, selbst erschossen. Zeugen, die sahen, wie Wolfgang wehrlos am Boden liegend von einem GSG 9-Beamten unmittelbar in den Kopf geschossen wurde, wurden angezweifelt oder schlichtweg übergangen. Medizinische Gegengutachten der Anwälte der Familie Grams, die Selbstmord ausschließen bzw. stark in Frage stellen, werden nicht beachtet. Die Möglichkeit einer staatlichen Exekution von Wolfgang Grams schreckte die bürgerliche Öffentlichkeit nur kurzzeitig auf. Längerfristige politische Konsequenzen hatte das keine. Sich dem gesellschaftlichen Desinteresse sicher, wird an anderer Stelle entsprechend weiterermittelt und durchsucht. Exakt am zweiten Todestag von Wolfgang Grams, dem 27.6.95 steht die Troika aus BAW, BKA und LKA das dritte Mal in der Fritze. Kein Zufall, wie wir meinen. Zeigt doch die Wahl dieses Datums auch den staatlichen Hang zur Symbolik: eine offene Provokation angesichts des vertuschten Mordes an Wolfgang Grams, die nicht nur Macht und Verfolgungswille demonstrieren soll, sondern ebenso unmißverständlich klarstellen will, daß Bad Kleinen noch nicht zu Ende ist. Für die dritte Durchsuchung wird das alte Ermittlungsverfahren aufgefrischt. Die "Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" wird per "Begründung" so behauptet: In den Klopf- und Wischproben aus der zweiten Durchsuchung seien in zwei Taschen Sprengstoffspuren gefunden worden. Eine Tasche wird einer Bewohnerin direkt zugeordnet. Für zwei Wohnungen fehlt ein Durchsuchungsbefehl. Der erneut anwesende Bundesanwalt Griesbaum ordnet "Gefahr im Verzug" an. Diesmal durchwühlen die Männer und Frauen des morgengrauens aufs gründlichste 6 Wohnungen, die Keller und ein Dachgeschoß. Die noch aus der letzten Durchsuchung übriggebliebenen Taschen, einige Haarbürsten, diverse Schlüssel, Handschuhe sowie grüne Farbe werden beschlagnahmt. Auch ins Kinderzimmer wird eingedrungen, die Kinder aus dem Bett geholt und ein Spielzeugkoffer mitgenommen. Erneut werden ein Auto und ein Motorrad für kurze Zeit beschlagnahmt.

Noch während der Durchsuchung spricht Griesbaum für den Nachmittag vier ZeugInnenladungen aus. Diesmal allerdings kommt der Vorbestellung niemand nach. Daraufhin werden am 15.7.95 sechs Personen vor die BAW nachgeladen. Termin ist der 20.7.95. Zwei der vorgeladenen Personen waren zu diesem Zeitpunkt in Urlaub. Die Ladung fand ohne sie statt. Zusammen mit 50 GenossInnen kamen drei andere am 20.7.95 nach Karlsruhe und verweigerten vor Bundesanwalt Griesbaum die Aussage. Griesbaum drohte mit Ordnungsgeld, zeigte sich sichtlich beleidigt und ließ weitere Schritte in Richtung Beugehaft offen. Eine weitere Person der sechs Geladenen kam der Aufforderung am 20.7.95 nicht nach. Am 27.7.95 erschien erneut die Polizei. Diesmal versuchten sechs BKA- und vier andere Beamte die obengenannte Bewohnerin der Fritze zwangsvorzuführen. Ohne Erfolg. Sie durchsuchten erneut alle Wohnungen und den Keller in der Fritze. Die gesuchte Person war nicht da. (Anmerkung: in der Sept.-Ausgabe der "Swing", einem autonomen Rhein-Main-Info, ist eine Erklärung von ihr veröffentlicht, in der sie schreibt, daß sie jetzt abtaucht).

Wir rechnen mit weiteren Ladungen und Zwangsvorführungen vor die BAW oder den Bundesgerichtshof. Wir halten es ebenfalls für möglich, daß der BGH das Mittel der Beugehaft gegen die betroffenen Personen anwenden wird. Akteneinsicht gibt es bis heute nicht, der offizielle Status als "ZeugInnen" gibt dafür keine Berechtigung.

Wer sucht, der findet

Ob die Durchsuchung der "Fritze" von Anfang an auf Funde von Sprengstoffspuren an-

gelegt war, steht als Möglichkeit im Raum. Spätestens jedoch bei der zweiten Hausdurchsuchung galt es motorradunabhängige "Beweise" zu finden, um den Spitzel außen vor lassen zu können. Bisher ergab jede Durchsuchung die Legitimation für die nächste.
Seit Juni 95, dem Tag der dritten Durchsuchung, hagelt es regelrecht Beschlagnahmebeschlüsse. Und nach dieser Durchsuchung wird immer klarer, daß die Verfolgungsbehörden Bausteine für die logistische Vorbereitung der Weiterstadt-Aktion zusammensuchen. Dies ergeben folgende Beschlüsse: "Zu den Bewohnern der besetzten Wohnungen im genannten Anwesen führen verschiedene Gegenstände, die verdächtige Sprengstoffspuren - möglicherweise im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die JVA Weiterstadt - aufweisen. Die sichergestellten Gegenstände kommen aus folgenden Gründen als Beweismittel in Betracht: die Koffer, Rucksäcke, Taschen und Handschuhe bedürfen der kriminaltechnischen Untersuchung, ob sie - ebenso wie gleiche Gegenstände, die bei früheren Durchsuchungen sichergestellt worden sind - mit Sprengstoff in Berührung gekommen sind. Die anderen Gegenstände - Seitenschneider und Plastiktüte mit Inhalt - können mit den logistischen Vorbereitungen für den Anschlag auf die JVA Weiterstadt in Verbindung stehen. Insoweit sind Anschlußermittlungen und vergleichende kriminaltechnische Untersuchungen erforderlich." (6.7.95)
Dazu hat die RAF im März 94 in einem längeren Text erklärt:
"Weder Steinmetz noch GenossInnen aus dem Widerstand waren in irgendeiner Art an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt (oder sonstigen Aktionen) beteiligt."

Wie wehren uns gemeinsam!
Verschiedene Menschen wohnen in der Fritzlarer Straße. Die Art ihrer Initiativen ist vielfältig. Dazu gehören Musikbands, Malerei, eine Radio-Initiative, internationalistische Gruppen und anderes. Es ist offensichtlich keine homogene Gruppe, die in diesem Haus zusammenlebt. Einen politischen Zusammenhang zur RAF und antiimperialistischer Politik gibt es von der Fritze als Haus nicht. Organisatorisch erst recht nicht. Es sind einzelne HausbewohnerInnen, die selbst Teil antiimperialistischer Gruppen waren oder sind und sich dementsprechend mit der Politik der RAF auseinandergesetzt haben. Ohne diesen Hintergrund hätte die Staatsmacht dieses Verfahren niemals so eng mit der "Fritze" in Verbindung bringen können und wollen. Zu der Aneignung des Motorrads ist zu sagen, daß es offensichtlich ein großer Fehler war. Wie dieser von den Verfolgungsbehörden benutzt wird, ist die eine Sache. Unsere Auseinandersetzung eine andere. Wieso wir welche Fehler machen, gehört hier jetzt nicht hin. Zehn Jahre Spitzeltätigkeit ziehen viele Gewichte hinter sich her. Nicht nur, wenn die staatliche Verfolgungsebene gegen uns läuft. Viel schwerer wiegen die jeweiligen eigenen Beziehungen zu Steinmetz und die Gründe, warum er solange und bis zur RAF hin unentdeckt blieb. Erst die Katastrophe des Verrats in Bad Kleinen brachte die Aufdeckung. Ob mit oder ohne Verfahren, die Folgen werden noch Jahre lang beschäftigen, und das nicht nur diejenigen, die eng oder persönlich mit ihm zu tun hatten.

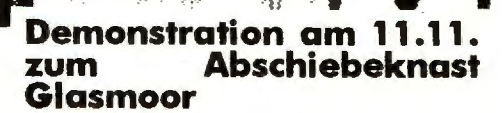
Aussageverweigerung und Beugehaft
Die Androhung von Zwangsmaßnahmen wegen Aussageverweigerung betrifft alle aus der Fritzlarer Straße, die bis jetzt als ZeugInnen geladen sind oder noch werden. Dies ist das bundesdeutsche Zeugengesetz. Ob es zur Anwendung kommt oder auch nicht, ist jeweils eine konkrete Frage von Sinn und Zweck. Erpressung ist es immer, genauso, daß es der Einschüchterung dienen und "beugen" soll, wie der Name schon sagt. Aber dieses Mittel wird auch eingesetzt, wenn klar ist, daß sie das nicht erreichen werden, als Rache und Bestrafung. Bis heute gibt es noch keine weiteren Vorladungen, aber das heißt garnichts. Beschlüsse haben sie sich zur Genüge geschaffen, nicht nur für Zeugenvorladungen.
Damit es einigermaßen überschaubar bleibt, haben wir den Text auf das Verfahren im Fritze-Zusammenhang begrenzt. Zu sagen ist noch, daß der staatliche Umgang mit den Aussagen des Spitzels bedeckt ist. Auch bezüglich des Motorrads sind keine bekannt. Ob er jemals als Kronzeuge auftauchen wird, bezweifeln wir. Laut neuestem BVG-Urteil müssen Kronzeugen ihre Aussagen direkt vor Gericht treffen.
Wir werden weiter den jeweiligen Stand öffentlich bekannt machen und mobilisieren.

Solidarität heißt Widerstand!

BewohnerInnen und UnterstützerInnen der Fritzlarer Straße, Frankfurt/Main im September 1995

(gekürzt aus: RAZZ, zeitung für ein radikales hannover, Ausgabe Nr.: 072 - Oktober 95)





Demonstration am 11.11. zum Abschiebeknast Glasmoor

Die Demo soll den vorläufigen Höhepunkt der bereits seit Ende August stattfindenden Aktionswochen gegen Abschiebeknäste und Abschiebungen darstellen.
Eingeleitet wurde die Kampagne durch eine Veranstaltung mit ReferentInnen aus Tübingen, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen.
Eine Infoveranstaltung zur Entstehung und Funktion von Abschiebeknästen und insbesondere zu Glasmoor ist derzeit in verschiedenen Städten Norddeutschlands zu sehen.
Am 23. September fand vor dem Knast in Norderstedt ein "Rock gegen Abschiebehaft" statt, eine Aktion auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel am 28. Oktober soll die Rolle des Flughafens als Abschiebeort und die Verantwortlichkeit der Fluggesellschaften verdeutlichen.
Auf einer Veranstaltung in der Werkstatt Drei am 8. November um 19 Uhr wird es um die Europäisierung von Abschiebepolik und den Widerstand dagegen gehen.

Die Demostration am 11.11., zu ein Bündnis von an die 30 Gruppen aufruft, stellt eine Möglichkeit dar, den Widerstand gegen die Abschiebepolitik in die Öffentlichkeit zu tragen. Außerdem bezieht sich der Demotermin auf den Jahreestag der Protestaktion von 40 Gefangenen in Glasmoor. Diese weigerten sich am 6. November 1994 nach dem Hofgang in ihre Zellen zurückzukehren und forderten ihre Freilassung und ein Bleiberecht in BRD bzw. die Möglichkeit selbstbestimmt in ein Land ihrer Wahl ausreisen zu können.
Auftaktkundgebung: 11 Uhr Schmuggelstieg/U-Bahn Ochsenzoll (U 1)
Zwischenkundgebung am Abschiebeknast Glasmoor
Die Demo endet aufgrund der Tatsache, daß bereits der Knast ziemlich weit draußen liegt, aus organisatorischen Gründen am Busbahnhof Glashütter-Markt in Norderstedt, von wo aus eine Busverbindung zu den verschiedenen U-Bahnhöfen besteht.

Weg mit allen Abschiebeknästen- für Bleiberecht und offene Grenzen!

Hungersteik im Abschiebeknast Glasmoor

Seit Sonntag, den 1.10.1995, sind im Abschiebeknast Glasmoor mehrere Flüchtlinge, vor allem Kurden, im Hungerstreik. Sie fordern ihre sofortige Freilassung, ein Bleiberecht für alle sowie die Abschaffung aller Abschiebeknäste.

Beim Sonntagsspaziergang teilten sie uns durch den Zaun durch Zurufen mit, daß bereits zwei von ihnen im Hungerstreik sind und sich weitere anschließen wollen. Anlaß für sie, in den Hungerstreik zu treten, war die Abschiebung von mehr als 20 Kurden in der Woche zuvor. Den Kurden schlossen sich zwei Iraner an. Am 6. 10. waren noch neun Kurden im unbefristeten Hungerstreik.

Mit allen Mitteln versucht die Justizbehörde, den Hungerstreik zu brechen. Schon am Montag wird ein Kurde, der im Hungerstreik ist, abgeschoben. Ihm gelingt es, noch vom Flughafen aus beim antirassistischen Telefon anzurufen, um den Hungerstreik in Glasmoor bekannt zu geben. Bereits vorher bestätigte uns ein Anwalt, der im Knast Mandanten besucht hat, daß ca. 20 Gefangene nur noch Tee und Wasser zu sich nehmen. Am Nachmittag erreicht uns dann ein weiterer Anruf aus dem Knast, mit der Bitte, den Hungerstreik zu unterstützen und öffentlich zu machen.

Am Dienstag, den 3. Oktober, demonstrieren über hundert Menschen vor dem Abschiebeknast Glasmoor, um den Hungerstreikenden ihre Solidarität zu bekunden und sich hinter ihre Forderungen zu stellen. Es findet eine Pressekonferenz statt, die Medien sind jedoch nur spärlich vertreten. Gleichzeitig ist Besuchszeit, vielen der Hungerstreikenden wird der Besuch verweigert mit der Begründung, es ginge jetzt nicht. Die Anstaltsleitung läßt nicht zu, daß eine Vertrauensärztin und ein Bürgerschaftsabgeordneter die Gefangenen sehen können. Es wird symbolisch ein bißchen am Tor des Distanzzauns gerüttelt, der tatsächlich ziemlich wackelt.

Am Mittwoch fahren zumindest noch ein paar UntersützerInnen zum Knast, um Kontakt mit den Gefangenen aufzunehmen. Als sie ankommen, sind Arbeiter gerade dabei, das Tor mit NATO-Draht zu verstärken und einen schweren Riegel davor zu legen. Die Gefangenen haben gerade Hofgang. Wir erfahren, daß sie enorm unter Druck gesetzt werden und daß ihnen mit Verlegung und sofortiger Abschiebung gedroht, für den Fall, daß sie ihren Hungerstreik nicht abrechen. Sie bekommen kein Mineralwasser, sondern nur Tee, wodurch die lebenswichtige Mineralstoffversorgung nicht gewährleistet wird.

Auch am Mittwochmorgen durften der Bürgerschaftsabgeordnete und die Vertrauensärztin nicht nicht in den Knast, obwohl der Abgeordnete normalerweise jederzeit das Recht auf Zugang hat. Außerdem teilen uns die Gefangenen mit, daß ein Hungerstreikender, Mehmet S. ins Untersuchungsgefängnis Holstenglacis verlegt wurde.

Mit dieser Verlegung reagiert die Justizbehörde direkt auf die Pressekonferenzam Dienstag. Denn dessen Schicksal wurde hier von seinem Anwalt ausführlich geschildert. Mehmet war erst vor drei Wochen aus der Türkei geflüchtet, nachdem er zuvor 15 Tage in Elazig in Polizeihaft gewesen und gefoltert worden war. Unter anderem mußte er über ein Nagelbrett gehen und seine Wunden wurden ständig mit Salz bestreut. Mehmet S. hatte, als er in Hamburg ankam, kein Geld und konnte keinen Anwalt aufsuchen. Außerdem kann er nicht lesen und schreiben. Als er nach seiner Festnahme einen Asylantrag stellen wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß er bereits 1986 abgeschoben worden war und sich somit sein Begehren erledigt hat. Mehmet S. wurde sofort in Sicherungshaft genommen, um die Abschiebung vorzubereiten. Die Justizbehörde bezeichnet ihn jetzt als Rädelsführer. Seine sofortige Isolierung von den anderen Gefangenen soll den Widerstand brechen. Der Justizbehörde sind die schweren Folterungen, die Mehmet S. erleiden mußte, bekannt. Mit seiner Verlegung beabsichtigt sie, seinen Widerstand gegen die Abschiebung psychisch zu brechen und setzt damit die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates in deutschen Gefängnissen fort.

Am Donnerstag organisieren wir wieder eine kleine Kundgebung vor dem Knast. Diesmal ist Polizei massiv vor Ort vertreten.

Freitagmorgen besetzen VertreterInnen der Glasmoorgruppe, des Antirassistischen Telefons, des Flüchtlingsrates Hamburg und des Cafe Exil die Geschäftsstelle der Abschiebeabteilung in der Ausländerbehörde. Sie fordern die sofortige Freilassung der Hungerstreikenden und die Erfüllung ihrer Forderungen. Der Leiter der Ausländerbehörde, Dauer, macht die Zusage, daß am Wochenende keine Abschiebungen der Hungerstreikenden mehr stattfinden und ihre Asylanträge neu geprüft werden. Nachmittags teilt Dauer telefonisch mit, daß eine Kurzprüfung stattgefunden habe und niemand entlassen werde.

Nachdem es im ganzen Bundesgebiet keinen generellen Abschiebestop von KurdInnen in die Türkei mehr gibt, praktizieren die meisten Bundesländer das sogenannte Konsultationsverfahren. Das bedeutet, RechtsanwältInnen und Menschenrechtsorganisationen in der Türkei bzw. dem türkischen Innenministerium werden die Namen der hier Asylsuchenden, die abgeschoben werden sollen, vorgelegt zur Prüfung, ob für sie in der Türkei eine Gefährdung vorliegt. Alle hungerstreikenden Kurden lehnen diese Art der Zusammenarbeit zwischen dem türkischen Staat ab. Ihnen wird eine Liste mit RechtsanwältInnen vorgelegt, auf der sie keine kurdischen, sondern nur türkische Namen vorfinden.

Der Leiter des Einwohnerzentralamtes, Ralph Bornhöft, formulierte in einem Gespräch, daß alle die, die das Konsultationsverfahren ablehnen, grundsätzlich abgeschoben werden sollen.

Der Hungerstreik der Flüchtlinge in Glasmoor gibt uns Anlaß, den Widerstand gegen Abschiebeknäste zu verstärken. Medien und Öffentlichkeit zeigten nur wenig Interesse an dem Hungerstreik. Während die Justizbehörde versucht, zu mauern und die Gefangenen zu isolieren und zu zermürben, fährt die Ausländerbehörde eine Politik der Deeskalation und scheint zumindest beunruhigt. Dennoch ist zu befürchten, daß sie eine Entlassung der Gefangenen ablehnen wird, da es angeblich keine Asylgründe gibt.

Glasmoorgruppe
(aus ak 383 vom 19. Oktober)



Kurden in die Türkei abgeschoben

Am Freitag den 12. Oktober brachen die Gefangenen ihren Hungerstreik ab, körperlich und psychisch stark geschwächt. Vorausgegangen war am Montag ein weiteres Gespräch von VertreterInnen verschiedener antirassistischer Gruppen mit MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde, in dem noch einmal deutlich wurde, daß diese keine Veranlassung dazu sieht, die Haftbefehle aufzuheben und die Abschiebungen auszusetzen, da sie diese nach wie vor für legitim und angemessen hällt.
Aufgrund dieser Tatsache, und auch weil von draußen keine neuen Impulse zu erwarten waren, beendeten die Kurden bzw. Iraner ihren Hungerstreik. Sie sahen keine Perspektive mehr zur Durchsetzung ihrer Forderungen, etliche kündigten jedoch an, sich bei einer Abschiebung auf dem Transport zur Wehr setzen zu wollen.
Bereits am Donnerstag den 18. Oktober wurden drei der Kurden mit Türkish Airlines vom Flughafen-Fuhlsbüttel aus in die Türkei abgeschoben. Auch eine Aktion am Flughafen, sowie der Versuch mit Mitfliegenden und Flugpersonal ins Gespräch zu kommen, konnte dies nicht mehr verhindern.
Es muß befürchtet werden, daß die BGS-Bullen, wie in anderen Fällen zuvor, bei den sich die von Abschiebung bedohten gewehrt haben, die Abschiebungen unter Einsatz von Beruhigungsspritzen und/oder Fesselungen und Knebelungen durchsetzten und sich hieran eine weitere Verfolgung/Repression durch die türkischen Sicherheitskräfte anschließt.



Dokumentation:

Im Folgenden drucken wir die Antwort der off-limits-Redaktion auf den offenen Brief einer autonomen Gruppe aus Hamburg (Zeck Nr.42 Oktober 95)

"In eigener Sache
off limits trägt im Titel die Bezeichnung "antirassistische Zeitschrift". Wir versuchen seit nunmehr zwei Jahren, den Rassismus als eine formierende Kraft und eine grundlegende Ideologie in dieser Gesellschaft (und auch anderswo) zu dokumentieren, zu denunzieren und zu analysieren. Wir versuchen auch, antirassistische Kämpfe in jeder Form aufzuzeigen. Unser Anspruch ist jedoch nicht, alle Kämpfe zu dokumentieren und jede Aktion bekanntzugeben. Viel wichtiger erscheint es uns - auch aufgrund unserer zweimonatigen Erscheinungsweise -, diese Kämpfe in einem größeren Zusammenhang darzustellen. Die Bandbreite antirassistischer Organisations- und Aktionsformen ist weit, genauso weit und vielfältig wie die Ausdrucksformen des Rassismus in der Gesellschaft. Das reicht von "Sozialarbeit" bis hin zu Demonstrationen, Selbstorganisation von MigrantInnen und Flüchtlingen, Unterstützung von illegalisierten MigrantInnen und Flüchtlingen und auch "militanten" Aktionen gegen Einrichtungen und Personen, die für eine rassistische Politik stehen, Abschiebeknäste, AusländerInnenbehörde etc. Wir versuchen, sie in einer Form darzustellen, die der Realität in diesem Land Rechnung trägt, und zwar nicht als Flugblattsammlung oder durch einfaches Abdrucken von Erklärungen oder Verlautbarungen. Wir haben uns bewußt dagegen entschieden, Aktionen und Anschläge einfach aufzulisten oder Erklärungen im Stil von "Wir haben heute..." abzudrucken. Wir glauben, daß es dafür genügend andere Zeitungen gibt. Das bedeutet nicht, daß wir Aktionsformen von vornherein ausschließen. Vielmehr geht es uns um den allgemeinen Zusammenhang, nicht um die einzelne Aktion, es geht uns um den praktischen Gebrauchswert, nicht um die akribische Sammlung "antirassistischer Taten".
Wir sind auf Informationen und Beiträge von aktiven Leuten und Gruppen angewiesen. Das wir manche Bereiche antirassistischer Politik und Wiederstandsformen weniger beleuchten als andere, liegt manchmal auch an unseren Informationsquellen. Ob und wie wir sie verarbeiten, entscheiden wir als Redaktion natürlich nach deren Qualität und Brauchbarkeit. Unser Ziel war es nie, Informationen und Erklärungen unkommentiert weiterzugeben. Wir versuchen, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Dadurch entstehen gewisse thematische Kontinuitäten. Zum Beispiel die Legalisierungsdiskussion, der sogenannte Polizeiskandal in Hamburg, Abschiebepolitik und -knäste, etc. Die Liste der Themen ist damit nicht abgeschlossen. Und wir sind auch für neue Themenschwerpunkte offen, die von außen an uns herangetragen werden.
Die off-limits-Redaktion"

Der Frauenabschiebeknast in Neuss

Die Möglichkeit, Flüchtlinge und MigrantInnen in Haft zu nehmen, ist nicht neu. Schon immer konnten AusländerInnenämter beim zuständigen Amtsgericht die Inhaftierung "ausreisepflichtiger" Ausländerinnen beantragen. Als Grund genügte und genügt heute bereits der Verdacht, eine/r wolle sich ihrer Abschiebung entziehen. Neu ist parallel zur Verschärfung der Asyl- und AuländerInnengesetze der systematische Ausbau entsprechender Abschiebeknäste und der dramatische Anstieg der Häftlinge. Noch Anfang der 90er Jahre saßen 50 bis 100 Häftlinge in Nordrhein-Westfalen in Abschiebehaft, heute sind es etwa 1500. Die Zahl steigt. Seit 1992 wurden in NRW acht Abschiebeknäste eröffnet. Neben den eigens eingerichteten Abschiebeknästen dienen auch normale JVAs als Unterbringung. Spezielle, überwachte Abschiebelager sind geplant.
Abschiebehaft wird im AusländerInnengesetz geregelt (§ 57) und soll angeordnet werden, wenn ohne die Haft eine Abschiebung nicht durchgeführt werden kann. Sie kann alle treffen, die illegal in die BRD eingereist sind, deren Visum abgelaufen ist, deren Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert oder deren Asylantrag abgelehnt wurde. Und natürlich diejenigen, die illegal beschäftigt sind, sei es in Kneipen, Haushalten oder als (Zwangs-)Prostituierte. Was zählt, ist der Verdacht, daß sich eine/r der Abschiebung entziehen könnte.
Unter den Häftlingen ist die Zahl der Frauen vergleichsweise gering, in NRW unter 10%. Von den acht Knästen in NRW sind zwei für Frauen konzipiert: der Knast in Neuss mit 80 Plätzen und der in Gütersloh, in dem etwa ein Drittel der 100 Plätze für Frauen reserviert ist. Aufmerksamkeit von Flüchtlings- und Frauengruppen haben diese bilsang wenig gefunden. Dies liegt zum einen daran, daß antirassistische und Flüchtlingsgruppen sich auf die Männerknäste konzentrieren. Frauengruppen, die mit weiblichen Häftlingen Kontakt haben, engagieren sich in der Regel häufiger gegen Frauenhandel und Sextourismus als in der Frlüchtlingsarbeit. Abschiebeknäste als Zahnräder in der Abschiebungsmaschinerie interessieren hier weniger. Außerdem ist es in den Frauenknästen bisher noch nicht zu kollektiven spektakulären Widerstandsaktionen gekommen, die ein öffentliches Interesse hätten bewirken können.
Das geringe Interesse an den Frauenabschiebeknästen hat Konsequenzen: es gibt wenig Öffentlichkeitsarbeit und politischen Widerstand zu den Knästen, frau weiß wenig über die Hintergründe, woher die Frauen kommen, warum sie sitzen, oder wie die Lebensbedingungen sind. Dies heißt auch, daß kaum Vorstellungen über die geschlechtsspezifischen Funktionen und Ausprägungen dieses Knastsystems bestehen.
Liest man Publikationen zu Abschiebeknästen, so dominiert die Perspektive, die Knäste in ihrer Funktion als brutalste Ausformung im Getriebe der Abschiebepraxis von Flüchtlingen zu beschreiben. Genauer gesagt, der Blick gilt zum einen Flüchtlingen und zum anderen den Aufgaben der Knäste als Repressionsinstrument im Sinne rassistischer deutscher Abschottungs- und Flüchtlingsvertreibungspolitik.
Demgegenüber scheint mir die Sicht auf die Frauenknäste viel eher den Blick für die perfide Interessensüberschneidung von staatlicher Flüchtlingspolitik, den Profiteuren prekärer Arbeitsverhältnisse und von patriarchalen Familien- und Geschlechterbeziehungen zu eröffnen.

Flüchtlingsfrauen

Ledige Frauen haben nur geringe Chancen in der BRD Asyl zu bekommen. Die Definition dessen, was als politische Aktivitäten akzeptiert wird, schließt oftmals politische Arbeit aus, die Frauen aufgrund der kulturellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ausüben. Politische Arbeit von Frauen ist oft kein hinreichender Grund für Asyl. Frauenspezifische Fluchtgründe - Vergewaltigung und sexuelle Folter im Krieg, der Versuch, vor Hunger, Armut, Krankheit für sich und mögliche Kinder ein Überleben zu sichern, zählen nicht. Asyl bekommen auch all jene Frauen in der Regel nicht, die vor Repressionen flüchteten, weil sie in ihren Heimatländern gesetzte patriarchale Normen und Gesetze überschritten, - wie offen lesbisch lebende Frauen, oder diejenigen, die sich dem Schleierzwang entziehen.





Abschiebeknast Glasmoor/Norderstedt

Arbeitssuche

Die Mehrzahl der in Abschiebehaft sitzenden Frauen sind in die BRD gekommen, um einen Arbeitsplatz zu finden. Vorauszuschicken ist, daß nicht nur immer mehr Frauen und Männer aus dem Trikont und Osteuropas zu Arbeitszwecken emigrieren müssen, weil sie zuhause kaum mehr Erwerbsarbeit finden, sondern daß die Arbeitsemigration von vielen Ländern auch zum Teil gezielt gefördert wird. Der Export der Ware "Arbeitskraft" nimmt zu, während gleichzeitig die Abhängigkeit der zurückgebliebenen Familien von den Überweisungen aus dem Ausland wächst. Es handelt sich also nicht um den individuellen oder massenhaften Wunsch, in die reiche BRD zu kommen, sondern um eine Struktur, die sich aus der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung zunehmend entwickelt. Gut aufgearbeitet ist die Situation etwa für die Philippinen: Ende der 80er Jahre waren 6% der Bevölkerung im Ausland tätig. Rund um Manila sind 60% der Familien auf Überweisungen aus dem Ausland angewiesen. Männer arbeiten als Ingenieure und Facharbeiter, Frauen als Krankenschwestern oder Sekretärinnen in Hongkong, Männer arbeiten als Matrosen illegal auf Billigflaggenschiffen oder als Bauarbeiter in den arabischen Staaten, viele emigrieren in die USA. Frauen gehen als Dienstmädchen in die Staaten oder in die BRD, sie riskieren, hier in die Zwangsprostitution gepresst zu werden oder gehen eine Ehe ein, stets mit der Absicht, Geld nach Hause zu schicken.

Die Prostitution ist der brutalste Bereich eines Erwerbsarbeitsmarktes, der aus der Not emigrierter Frauen Profit schlägt. Außerhalb des offiziellen Arbeitsmarktes gibt es einen rassistisch und sexistisch strukturierten Dienstleistungssektor, der von bestimmten kulturellen, politischen und ökonomischen Tendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft profitiert: Mit dem Anwachsen der Büroflächen wächst die Nachfrage nach Putzkräften; die Kombination von sattem Wohlstand und rassistischem Denken einerseits, fehlenden Kindergartenplätzen und Berufstätigkeit deutscher Frauen andererseits läßt die Nachfrage nach billigen ausländischen Kinder- und Dienstmädchen wachsen; die Zunahme vieler kleiner Restaurants und Imbißbuden, die den Freizeit- und Essensbedarf der Berufstätigen decken, hat dazu geführt, daß hier viele MigrantInnen illegal beschäftigt werden.

Um einige Beispiele aus der Region und aus dem Abschiebeknast zu nennen: Die Mehrzahl der Lateinamerikanerinnen in Neuss war zuvor als Dienst- und Kindermädchen beschäftigt. Sie werden überwiegend von Schlepperbanden hierher gebracht, je nach Herkunftsland mit einem auf drei Monate beschränkten Visum. Im Ruhrgebiet ist bekannterweise eine Schlepperbande angesiedelt, die Verbindungen nach Ecuador hat. Sie verdienen 5-6 DM die Stunde, oft auch nur Kost und Unterbringung. In der Regel haben sie der jeweiligen Familie rund um die Uhr zur Verfügung zu stehen. Nach Ablauf des dreimonatigen Visums, das sie möglicherweise für au-pair-Arbeit erhalten haben, sind sie illegal hier, verlassen dann nur noch mit Angst das Haus. Werden sie aufgegriffen, kommen sie in den Abschiebeknast nach Neuss.

Inhaftiert werden auch Frauen, die bei Razzien in Restaurants und Imbißbuden aufgegriffen wurden. Über ihre Arbeitsbedingungen ist sehr wenig bekannt. Da etwa nach China ein Abschiebestopp besteht, werden diese Frauen nicht abgeschoben. Vielmehr bleiben sie im Knast, bis ihre Identität geklärt ist - was Monate dauern kann - , anschließend werden sie wieder entlassen.

In Bochum wirft zur Zeit der laufende Prozeß gegen eine Frauenhändler- und Autoschieberbande ein Licht auf die Bedingungen, unter denen Frauen hier zur Prostitution gezwungen werden. Bis 1989 handelte es sich vornehmlich um Frauen aus den Philippinen und Thailand, nun verstärkt um Frauen aus Polen, Litauen, Estland, Rußland und der Ukraine. Die Osteuropäerinnen sind meist sehr jung, zwischen 15 und Mitte 20. Oft haben sie eine relativ gute Schulbildung und lassen Kinder zurück. Sie wissen nicht, unter welchen Bedingungen sie hier arbeiten müssen. Insgesamt hat sich die Zahl der Prostituierten erhöht. Genaue Zahlen liegen nicht vor, für Dortmund wird geschätzt, daß etwa 10% der Prostituierten Ausländerinnen sind. Die Zahl ist vermutlich zu niedrig.

Die asiatischen Frauen kommen häufig über ein Visum in die BRD;: einem dreimonatigen Künstlerinnen- oder Touristinnenvisum oder über ein Visum zum Zwecke der Eheschließung, in seltenen Fällen werden sie gezwungen Asylanträge zu stellen, um ihren Aufenthalt zu verlängern oder sie werden verheiratet. Sie werden häufig zur Arbeit in den Bordellen in den Städten gezwungen. Die Osteuropäerinnen werden meist illegal über die Grenze gebracht. Da Bordelle häufiger kontrolliert werden, zwingt man sie eher in Clubs und Bars, oftmals auf dem Land zu arbeiten. Häufig sind sie nur wenige Tage an einem Ort. Für alle gilt, daß sie gegenüber den Zuhältern hochverschuldet sind: die Fahrt von Thailand hierher mit Visum und Arbeitsplatz oder Ehemann kostet angeblich um die 10.000 - 12.000 DM. Den Visumszwang nutzen die Zuhälter und HeiratsvermittlerInnen noch dazu, die Preise anzuheben. Bargeld wird den Frauen abgenommen, ihre Pässe haben entweder die Zuhälter, die BordellbesitzerInnen oder, im Fall der Asylsuchenden, das AusländerInnenamt.

Wird eine der so beschäftigten Frauen aufgegriffen, so wird sie inhaftiert: weil sie illegal ist oder weil sie mit Touristin- oder Ehevisum nicht arbeiten darf. Fast alle Frauen leben und arbeiten unter Bedingungen, die ihre persönliche Bewegungsmöglichkeiten immens





einschränken und ihnen oftmals brutal Gewalt antun. Nun kommen sie in den staatlichen Knast. Sollten sie vorher Geld verdient haben, so wird ihnen dies nun abgenommen: sie haben für Unterbringung und Abschiebung zu zahlen. Geld bleibt ihnen bei der Abschiebung keines mehr. Von der Abschiebung profitiert jedoch oft genug der vorherige Arbeitgeber: für Schlepper, Bordellbesitzer und Zuhälter wird kostenlos für die Abschiebung ihrer "gebrauchten Ware" gesorgt.
Nicht wenige der Osteuropäerinnen kommen jedoch wieder und nehmen in Kauf, möglicherweise nicht nur einmal, sondern zwei- oder dreimal in den Knast zu kommen. Die uns so geläufige Sichtweise, daß der Knast zur endgültigen Abschiebung der Flüchtlinge dient, stimmt also nur begrenzt. Er ist auch ein Instrument in der Organisierung eines Arbeitsmarktes.

Knast und familiäre Beziehungen
Es wird oft übersehen, daß der Knast auch dazu dient, mittels der Asyl- und AuländerInnengesetzgebung in Ehen und Familien Gewaltverhältnisse aufrechtzuerhalten. In Neuss gibt es viele Beispiele dafür; z.B:: eine Türkin, deren Aufenthaltsstatus vom vierjährigen Bestehen ihrer Ehe mit einem Deutschen abhing. Als sie sich von ihrem Mann trennte, denunzierte er sie beim AulsänderInnenamt. Daraufhin kam sie nach Neuss.
Mit 16 Jahren müssen Kinder von Migrantenfamilien eine eigene Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Eine junge Türkin sitzt in Neuss, weil ihr Vater ihr den Paß wegnahm, mit dem sie den Antrag hätte stellen müssen. Er wollte, daß sie in die Türkei zurückgeschickt wird.

Eine mit einem Spanier verheiratete Kubanerin verließ ihren Mann in Spanien und kam in die BRD. Hier wurde sie inhaftiert. Ihr drohte die Abschiebung. Ihr Mann holte sie nach Spanien zurück - für sie die einzige Möglichkeit, der Abschiebung zu entgehen.

Bei der Festnahme wird den Frauen all ihr erarbeitetes und erspartes Geld weggenommen und beschlagnahmt. Es besteht der Verdacht, daß sich die Länge der Haftdauer nach der Höhe der beschlagnahmten Summe richtet. Von dem Geld werden die Unterbringung und Verpflegung im Knast und das Rückflugticket bezahlt. Reicht die beschlagnahmte Summe zur Deckung dieser Kosten nicht aus, hat die Frau nach der Ausreise entsprechende Schulden beim deutschen Staat.. Auf dem Rückflug werden sie von deutschen Beamten begleitet und bewacht. Werden die Flüge durch Zwischenstopps unterbrochen, dürfen die ausgewiesenen Frauen nicht während der Reinigung des Flugzeugs wie die anderen Passagiere das Flugzeug verlassen, sondern müssen mit ihren Bewachern im Flugzeug warten. Vor der Abschiebung erhalten die Frauen 50 DM, um die ersten Kosten nach der Ankunft "zu decken", allerdings besteht der Verdacht, daß ihnen dieses Geld noch am Flughafen von BundesgrenzschutzbeamtInnen wieder abgenommen wird.
Scheinbar hat die AusländerInnenbehörde guten Kontakt zu den großen Fluggesellschaften. Es werden fast ausnahmslos teure Linienflüge gebucht und keine Billigangebote genutzt, was ja im Interesse der abgeschobenen Frauen wäre, da sie die Flugkosten selbst tragen müssen.

Forderungen
Da die medizinische Versorgung in den Händen männlicher Pfleger liegt, fordern die Frauen in Neuss eine Krankenpflegerin. Außerdem wird bei Schwangeren keine Blutbilduntersuchung vorgenommen, auch die Einrichtung einer solchen Untersuchung fordern sie.
Zu ihren vordringlichsten Wünschen gehört auch die Bereitstellung ausländischer Zeitschriften und Zeitungen sowie eine kleine Bibliothek mit Literatur in verschiedenen Sprachen.

aus: Hamburger Frauenzeitung mit freundlicher Genehmigung der Autorin



Der Traum vom Freiraum - ein Nachruf aufs Floraplenum

In der letzten Zeck-Ausgabe startete das "Ex-Plenum" den Versuch, die Entwicklung des Floraplenums bis zu seiner Auflösung in diesem Sommer nachzuzeichnen. Sicherlich keine leichte Aufgabe und niemandE wird in der Lage sein, alle Meinungen, Differenzen und Positionen in einem Artikel unterzubringen, ohne daß dabei nicht gleich Broschürendimensionen erreicht werden. Daher ist das Aufarbeitungspapier in jedem Fall ergänzungsbedürftig; im Hinblick auf einige Aspekte, die gar nicht oder kaum thematisiert werden, auch zu kritisieren. Ich habe seit 1989 einige Jahre auf dem Floraplenum verbracht, am Aufarbeitungspapier jedoch nicht mitgeschrieben.

Zunächst spiegelt der "Ex-Plenums"-Beitrag unsere Diskussionskultur in der Flora anschaulich wider: es geht viel um die Befindlichkeit des Plenums in den verschiedenen Phasen der Geschichte der Flora, um Stimmungen und Gruppendynamik, der Blick auf die uns umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse geht manchesmal etwas unter. Es hat passagenweise im Plenumspapier den Eindruck, als wenn das Plenum ein Selbstzweck gewesen wäre, der sich durch seine bloße Existenz schon gerechtfertigt hätte. Das ist keine Kritik an einzelnen des Ex-Plenums, sondern eher der Ausdruck unserer kollektiven Haltung, die wir manches Mal zur Schau gestellt haben.

Das Aufarbeitungspapier des Ex-Plenums schildert zutreffend Inhalte, Strukturen und die Chronologie des Plenums, es fehlt jedoch fast vollständig eine selbstkritische Analyse unserer politisch-inhaltlichen Fehler, die für die Auflösung des Plenums mitverantwortlich sind. Dazu sollen im Folgenden einige Aspekte benannt werden, sicherlich nicht vollständig, es soll den Beitrag in der letzten Zeck ergänzen.

Nachdem im Sommer 1988 das Kurz'sche Phantom am Schulterblatt verhindert war, entstand aus den losen Gruppenzusammenhängen ein sich im "Stadtteilplenum" organisierender Zusammenschluß von Initiativen und Einzelpersonen. das Verbindende war das Interesse, nach der Verhinderung des Kommerzmusicals nun eine eigene Utopie von lebendiger politischer Stadtteilkultur in einem autonomen Zentrum zu organisieren. Eine strategische "Grundsatzentscheidung" war aus der gemeinsamen kurzen Geschichte heraus insbesondere die Umstruktierungspolitik des Hamburger Senats zu thematisieren. Es ging um den Kampf gegen eine Politik, die an kapitalistischen Verwertungsinteressen orientiert gegen die im Stadtteil lebenden Menschen gerichtet war. Wir wiederholten mit diesem Ansatz den Fehler der Neuen Linken seit den 70er Jahren, die glaubt, daß Menschen, wenn sie im "eigenen" Stadtteil die Arroganz der Vertreibungs- und Sanierungspolitik erlebten, sich sozusagen automatisch zu potentiell revolutionären Subjekten wandeln müßten. Ansätze für solche - historisch längst widerlegten - romantischen Hoffnungen gab es 89/90 einige: Mehrzweckhallenpläne für das Heiligengeistfeld, Luxussanierung des Wasserturms im Schanzenpark, die Gründung der STEG, die ICC-Tagung mit der Phantomeröffnung und nicht zuletzt die seit Herbst 1990 drohende Parkbebauung hinter der Roten Flora, sowie das beginnende Leerstandsdrama um Laue. Doch trotz eines sich gründenden Anti-Umstrukturierungsplenums lief diese Politikstrategie bereits im Winter 1990 ins Leere, eine "groß" diskutierte Demo im Dezember verzeichnete 200 TeilnehmerInnen und war der finale Abgesang einer breit getragenen Antistrukturierungskampagne. Wir retteten uns innerhalb der Flora ins Jahr 1991 mit dem Versuch, über die Schaffung und Durchsetzung des Parks und der Kampagne "Kein Weg mit der STEG" in Sachen Antiumstrukturierungskampf die Fahne hoch zu halten. Parallel diskutierten wir in ausführlichen "Konzeptdiskussionen" eine inhaltliche (Neu-)Bestimmung für die Rote Flora als autonomes Zentrum mit einem Maximum an Offenheit in den Strukturen. Doch die eskalierenden Ereignisse um den Florapark im Sommer 1991 verhinderten den Abschluß der Diskussion, obwohl in den verschiedenen inhaltlichen Positionen viel Trennendes zutage trat, das im "Raum" stehen blieb und als Langzeitdissenz erst später zum Ausstieg von Leuten führte.

Der brutalen Parkräumung mit den folgenden Menschenjagden durch die 16E-Schicht hatten wir schon kaum etwas entgegen zu setzen, die folgende Verhaftung von Knud und Ralf im August 1991 drängte uns innerhalb der Flora endgültig in die Defensive. Bis zur Parkräumung hatten wir Ort und Inhalte der Konfrontation mit dem Senat zumindest mitbestimmt, die sich im Wesentlichen an einer Antiumstrukturierungspolitik und dem Angreifen der STEG als staatliches Instrument von Vertreibungspolitik orientierte. Doch spätestens zum Jahreswechsel 91/92 führte diese strategische Orientierung angesichts des wachsenden rassistischen und faschistischen Terrors im "neuen" Großdeutschland in die Sackgasse. Trotz Ereignissen wie Hünxe oder Hoyerswerda haben wir es als politischer Zusammenschluß von Gruppen und Einzelpersonen auf dem Floraplenum nicht geschafft, auf diese Entwicklung über das Reagieren auf Tagespolitik hinaus eine angemessene Antwort für unsere politische Arbeit in der Flora zu finden. Stattdessen kreisten unsere inhaltlichen Diskussionen erneut um ein "Konzept": wenn bestimmte Rahmenbedingungen festgeschrieben wären, dann könnte die Flora auch in Zukunft der Ort sein, an dem sich autonome Politik (politisch/kulturell) artikulieren kann. Über die Diskussion der (theoretischen) Rahmenbedingungen verloren wir die politische Praxis zuweilen aus den Augen - oder sie wurde durch die Soliarbeit zum Prozeß von Knud und Ralf über das ganze Jahr 1992 absorbiert, in die einige FloristInnen eingebunden waren und die "danach" nicht mehr in die Flora zurückgekehrt sind.

Bei den Verhandlungen 92/93 mit dem Senat über die Zukunft der Roten Flora konnten wir zwar auf unsere Konzeptdiskussionen zurückgreifen und mit einer gewissen Routine uns in den Gesprächen mit den SenatsvertreterInnen behaupten, gemessen an unseren eigenen Vorstellungen von einem autonomen Zentrum hatten wir spätestens seit dem Frühjahr 1993 den Durchhänger. Seitdem begann das vom EX-Plenum attestierte "Zusammenschrumpfen", die nachlassende "Power/Engagement und das schwindende Verantwortungsgefühl" die Mitgliederzahl des Plenums zu dezimieren. Obschon wir unzufrieden waren mit der Situation, schafften wir es in den sogenannten "Perspektivdiskussionen" über alles mögliche, nur nicht über uns zu reden: denn obwohl die Flora als politisch-kultureller Freiraum funktionierte und funktioniert, hatten wir uns selbst in der Mehrzahl vom Floraalltag entfremdet. Viele kamen nur noch zum Plenum in die Flora und einige von uns haben die Flora gar nicht mehr als ihren Raum zur Verwirklichung eigener Politik begriffen. So war das Floraplenum weniger ein machtgeiles ZK, sondern eher ein FunktionärInnengremium altvorderer FloristInnen, die natürlich nicht in der Verwaltung des Gebäudes ihre Erfüllung suchten. Doch ohne eine gemeinsame politische Neubestimmung lähmte uns dieses 1991 /92 entstandene inhaltliche Vakuum, das dazu den Einstieg neuer Leute schwierig gemacht hat. Die Flora vermittelte (und vermittelt) den Eindruck eines geschlossenen Zusammenhangs, so daß NeueinsteigerInnen sich andere Orte suchen, die sie mit ihren Inhalten füllen. Der Versuch, die Strukturen der Flora zu "reformieren" durch den Orgarat, ist der richtige Weg, solange die Fehler der Vergangenheit offen diskutiert werden, damit sie in Zukunft nicht wiederholt werden müssen. Und da besteht in der Flora allerdings noch Diskussionsbedarf!

N.N.



News von NIMM 2

Diesen offenen Brief haben wir, Nimm 2, bei einem Besuch des Projektplanungsbüros in der Ludwigstraße 8 verlesen. Zur Zeit dieses Besuchs war der Projektleiter Lange nicht anwesend, sondern nur einige seiner MitarbeiterInnen, mit denen wir uns dann etwas rumgestritten haben. Als der ebenfalls anwesende Wachschutz dann die Bullen rief, verließen wir das Büro, jedoch nicht, ohne zu Papier gebrachte und gesprühte Forderungen im Hausflur zu hinterlassen und die Fassade des Hauses mit Farbeiern zu verschönern. Der offene Brief wurde außerdem an die Investorengruppe BOSW und die darin involvierte Warburg Bank gefaxt.

Offener Brief an die Investorengruppe BOSW

Betr. Scheinangebot der BOSW an die Wohngruppe Nimm 2

Werter Herr Warburg, Olarius, Schlüter und Backhus!

Da Sie sich als vorwiegend neue Eigentümer des Laue-Areals nahtlos in die Geschichte des Umgangs mit eben diesem Gelände einfügen, erachten wir es als notwendig, Ihnen unseren Standpunkt mitzuteilen.

Wir halten es für wichtig, um klar zumachen, daß sie persönlich für die weitere Entwicklung hier vor Ort verantwortlich sind.

Ausgangslage auf dem Laue-Gelände:

1.
Ebensolange wie große Teile des Laue-Geländes leerstehen, sprich seit mehr als 6 Jahren, haben sich Gruppen und Initiativen aus dem Stadtteil um Nutzungsmöglichkeiten auf dem Gelände bemüht. Die Bemühungen, auf die Interessen aus dem Stadtteil aufmerksam zu machen, drückten sich in Gesprächen mit Vertretern der Eigentümer und der STEG aus, die sich bald als sinnlos erwiesen; es gab Parties und Straßenfeste, Unterschriftenlisten und Besetzungen. So alt wie diese Geschichte ist, ist auch die Ignoranz der Eigentümer gegenüber den Menschen, die nicht in das Konzept von Wachstum und Reichtum passen.

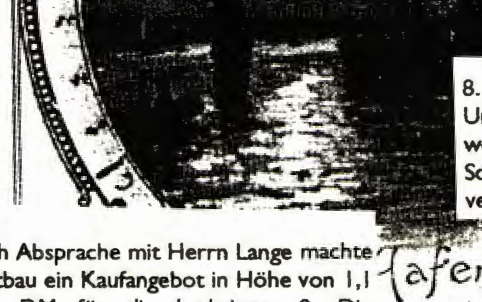
Wir wollten nämlich nie ein Einkaufszentrum oder Luxuswohnungen, sondern billigen Wohnraum, Raum für Wohnprojekte und kollektive Arbeitsmöglichkeiten im Viertel.

Das mag manch eineN unglaublich langweilen, aber uns platzt langsam der Kragen!!! Es reicht.

2.
Die Verhandlungen über die zukünftige Nutzung und Gestaltung des Laue-Geländes, die im städtebaulichen Vertrag festgehalten werden sollen, fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, frei nach dem Motto: Wenn wir oft genug über BürgerInnenbeteiligung reden, brauchen wir sie nicht auch noch umzusetzen.

Unsere Ausgangslage (Nimm 2):

1.
Nach jahrelangem Kampf um die Schanzenstraße 56-62 hat Ihr Vertreter, Thomas Lange, im Mai 95 die Ludwigstraße 8 als mögliches Objekt, in dem wir unser Wohnprojekt umsetzen können, ins Gespräch gebracht. Um unsere Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft deutlich zu machen, setzten wir uns mit der Perspektive, in einem anderen Haus zu wohnen, auseinander und waren bereit, darüber zu reden. Dies war ein Zugeständnis unsererseits.



2.
Nach Absprache mit Herrn Lange machte Stattbau ein Kaufangebot in Höhe von 1,1 Mio. DM für die Ludwigstr. 8. Die Genossenschaft "Schanze" könnte das Haus kaufen, und wir würden es von ihr mieten. Grundlage unseres Angebots ist eine Höchst(!)miete entsprechend dem sozialen Wohnungsbau. Herr Lange weiß, daß dies unsere Grundlage ist.

3.
Nach einigem Drängen und einem Besuch im Planungsbüro Lange kam ein weiteres Gespräch mit ihm zustande, in dem uns ein sogenanntes "Gegenangebot" mündlich vorgetragen wurde, das wir als Ausdruck von Ignoranz und als Aufkündigung der Verhandlungen Ihrerseits ansehen: das Haus Ludwigstraße 8 soll 2,3 Mio. DM kosten und als Bonbon dürften wir schon mal ein bißchen von dem Haus nutzen, nämlich die 2. Etage. Bei dem "angebotenen" Kaufpreis kämen wir auf eine Miete von knapp 20,- DM/qm.

In dem Preis von 2,3 Mio. DM ist der ursprüngliche Preis von vor 6 Jahren (1,8 Mio.) und die Leerstandskosten enthalten.

4.
In der Zeit zwischen unserem Angebot (Pkt.2) und dem Gespräch mit Lange (Pkt.3) dokumentierten Sie, die Eigentümerseite, Ihre Gleichgültigkeit und Ablehnung gegenüber unserem Anliegen dadurch, daß sie just in jenem Haus Ihr Planungsbüro einrichteten, das sie für uns ins Gespräch gebracht hatten: Ludwigstraße 8. Sie zogen dort ein mit einer Perspektive von 3,5 Jahren, es können aber auch 5 oder mehr werden, je nachdem, wie lange das Gesamtobjekt Laue eben dauert. Wir werten dies als gezielte Provokation!

6.
Schließlich beendeten Sie eine weitere Hausbesetzung der Schanzenstraße 56-62 mit massivem Polizeieinsatz unter Beteiligung eines Mobilen Einsatzkommandos (MEK).

7.
Zitat eines Menschen aus Ihren eigenen Reihen: "Ein Warburg reist durch die Weltgeschichte und kauft Objekte, die 10-mal so groß sind wie das Laue Gelände, einen Warburg interessiert das hier doch garnicht."

8.
Unsere Geduld zeigt Risse und wir werden dies auch "einem Warburg, Schlüter, Olarius und Backhus" zu vermitteln wissen!!

Hafen · Gruss aus Hamburg, den 23. Juni 1902.

Räumen Sie Ihr Büro in der Ludwigstraße 8

Liefern Sie eine ernstzunehmende Reaktion auf unser Angebot

Stellen Sie Ersatzräume für ein Autonomes Infocafe auf dem Laue-Gelände zu Verfügung

Sofortige Nutzungsmöglichkeiten in der Ludwigstraße 8, für uns, Nimm 2

Spielplätze, Treffpunkte und Grünflächen für die hier lebenden Menschen und für die, die nach Ihrem Willlen und dem Willen der Stadt noch dazukommen sollten

Rücknahme aller Strafanträge gegen BesetzerInnen



Freundeskreis Filmkunst wieder aktiv: Nazifilme in St. Georg.

Jeden ersten Sonntag im Monat trifft sich im City-Filmtheater in Hamburg-St. Georg eine Schar ganz besonderer Cineasten: alte Nazis, militante Stiefelfaschisten und AuschwitzleugnerInnen. Seit langer Zeit macht der 1962 gegründete "Freundeskreis Filmkunst e.V. (FFK)" geschlossene Veranstaltungen in angemieteten Kinoräumen, um alte Nazifilme, die teilweise auf dem Index stehen, vorzuführen.

Kundgebung vor dem Cityfilmtheater, Sonntag der 05.11.95 Treffpunkt: Kirchenallee 39 (vor dem Schauspielhaus), - pünktlich - um 9.30 Uhr!

Nazis mit Vergangenheit

Der FFK und seine Mitglieder haben eine lange neofaschistische Vergangenheit. Als 1961 der Bund Nationaler Studenten (BNS), einer der größten neofaschistischen Studentenorganisationen in der Geschichte der BRD, schrittweise verboten wurde, "bemühten die BNS-Gruppen sich, unter Tarnung eines Freundeskreises Filmkunst weiter tätig zu bleiben." (1). Der ehemalige Kassenprüfer des FFK Winfried Stannieder zeichnete verantwortlich für BNS-Flugblätter (2) und das langjährige Mitglied Heinz-Dieter Hansen, heute Kandidat der REPs, hatte ebenfalls Kontakte zum BNS. Gertrud Herr, ehemalige Kasenprüferin desFFK, rühmt sich in ihrer Bibliographie einer noch älteren faschistischen Vergangenheit. Sie brachte ihr Lebensbekenntnis 1986 unter dem Titel "Inhaltsreiche Jahre. Aus dem Leben einer BdM-Führerin 1930-1945" heraus (3). Über Bekannte aus der gleichen Zeit verfügt auch das FFK-Gründungsmitglied Klaus-Christoph Marloh. Er reiste 1994 mit einer Gruppe ehemaliger Soldaten von drei Divisionen der Waffen-SS nach Moskau und war Wortführer einer Audienz bei Wladimir Schirinowski (4).

Das der FFK ebenbürtiger Nachfolger einer verbotenen Nazi-Organistion ist, geht aus der völkisch-nationalistischen Satzung eindeutig hervor. Laut neuer Satzung von 1988 fördert der Verein "die Volksgemeinschaft...die Leistungsfähigkeit... und die Volksgesundheit...Der mildtätige Zweck ist die Unterstüzung von Deutschen ...insbesondere von notleidenden Deutschen in fremdverwalteten Gebieten und im Ausland...(5)."
Als Erbin des um die Volksgesundheit besorgten Freundeskreises ist in der Satzung die rassistische Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschnug (GbAEV), vormals Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege von Jürgen Rieger vorgesehen.

Seine Geschäftsräume hat der Nazifilmclub in der Forsmannstr. 10 in Hamburg-Winterhude. Unter gleicher Adresse residiert auch die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG), welche im Hamburger Verfassungs-



schutzbericht 1993 als "Gruppe der 'Neuen Rechten', die das Forum ...für theoretische Erörterungen gesellschaftlicher Zukunftsperspektiven aus rechtsextremistischer Sicht stellt." Nicht verwunderlich, da die FFK-Mitglieder Steinhoff, Hansen und Marloh Gesellschafter der DESG sind bzw. waren (6). Obwohl die Satzung und die Vergangenheit des FFK eindeutig sind und obwohl der Hamburger Verfassungsschutz schon 1972 Einblick in Akten der Organistion hatte (7), konnten die Nazis lange Zeit unbehelligt und gemeinnützig anerkannt arbeiten.

Filme aus dem III. Reich

Erst 1980 wurde ihr Treiben durch AntifaschistInnen öffentlich gemacht, als teilweise über 400 Menschen gegen Aufführungen im Hamburger Passage-Kino sowie in Kiel protestierten. Der Vertrag des Passage-Kinos für die mit bis zu 300 Nazis besuchten Filmveranstaltungen wurde gekündigt und die Gemeinnützigkeit rückwirkend ab 1978 aberkannt. Ein Gericht stellte 1980 fest, daß die "Filmvorführungen fast ausnahmslos mit Filmen, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedreht worden sind", bestritten wurden (8). Daran hat sich bis heute nichts geändert. Zwar ist es nicht mehr "U-Boote westwärts", wegen dem staatliche Organe 1979 gegen den FFK ermittelten, doch auch Filmtitel wie "Das deutsche Danzig", "Waffen für 16.000 Mann", "Patrioten - Erlebnisse eines deutschen Fliegers im I. Weltkrieg" oder "Alltag auf einem germanischen Gehöft" sprechen für sich. Die gezeigten Filme verherrlichen den NS-Staat und Führerprinzip, propagieren die "rassenreine" Volksgemeinschaft und glorifizieren Militarismus und Krieg. So schildert der vom FFK 1995 gezeigte, maßlos kriegsverherrlichende Film "Unternehmen Michael" laut Toeplitz "Geschichte des Films" einen Offizier, den "Führer einer Gruppe, die aus verschiedenartigen Individualitäten besteht, die jedoch angesichts der Gefahr zu einer geschlossenen, rassisch reinen Einheit wird..."(9). Außer vom Deutschen Institut für Filmkunde un der Friedrich-Murnau-Stiftung, beides renomierte Institutionen aus Wiesbaden (10), bezieht der FFK seine Filme von einer Hansa-Film GmbH (11). Inhaber dieser auf Nazifilme spezialisierten Firma ist Klaus Dieter Puls (12) - ein Aktivist der illegalen NSDAP/AO, der 1979 im sog. Bückenburger-Neonazi-Prozeß zu 9 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er in Bergen-Hohne an einem Überfall auf holländische NATO-Soldaten zwecks Waffenbeschaffung beteiligt war.

Wehrsportübungen

Der FFK ist aber auch unmittelbar in militante Neonazikreise eingebunden. Eckart Dems, der 1987 als Mitglied des Freundenskreises angegeben wird, leitet z.B als "Hauptmann" 1981 ein Wehrsportgruppe Dems, bei der Schußwaffen, Munition, Gasrevolver und Schlagstöcke beschlagnahmt wurden, mit denen die Kameraden auf dem Truppenübungsplatz Höltigbaum übten (13).
Wesentlich bedeutender ist jedoch die logistische und finanzielle Unterstützung für militante Jungfaschisten, wie z.B. die inzwischen verbotene Wiking-Jugend, durch den Erweb des Geländes in Hetendorf und den Ausbau zum bundesweit bekannten Nazizentrum. Das Gelände mit vier Gebäuden, welches ca. 300 Personen Platz bietet, wurde 1979 von den Filmfreunden erworben und war bis 1990 zu zwei Dritteln in ihrem Besitz und zu einem weiteren Drittel im Besitz der GbAEV. Seitdem wurde viel Geld und Arbeit, welche Vorstandsmitglied und Bauleiter Adolf Fröhlich koordinierte, in das Nazizentrum gesteckt.

und Auschwitzleugner

Zuletzt soll auch die kleine neofaschistische Kultuzeitschrift "Die Warte" der braunen Kinofreunde nicht unerwähnt bleiben. Neben den Fiimankündigungen, Tagungs- und Ausfflugsberichten, findet sich dort vieles, was das kulturelle Herz eines Nazis höherschlagen läßt. Abbildungen von Skulpturen Arno Brekers, Gedichte der völkischen DichterInnen Agnes Migel und Heinrich Anacker, Informationen über Ernst Jünger oder Berichte über den "Heldengedenktag", nebst selbstverfasster Gedichte in grauslichem Stil.



Die Warte unterhält ferner einen Buchdienst mit einschlägigen Titel: "Ausländer Stopp" von Günter Deckert, "Deutsches Land in fremder Hand" von Rolf Kosiek, "Reise in ein besetztes Land" von Dietmar Munier, oder "Der ewige Deutschenhaß" von Gustav Sichelschmidt. Gegen angeblichen Deutschenhaß und "Erpressung des deutschen Volkes mit dem 'Holocaust'" protestierten auch mehrere Mitglieder des FFK. In einer Anzeige von ausgewiesenen AuschwitzleugnerInnen forderten Marloh, Lisa Machts und Ingrid Sauerwein, "daß Darstellungen über Judenmorde aus Schulbüchern und Medien verschwinden... daß die Flut von Scheinasylanten...gestoppt wird und die Millionen unrechtmäßig hier schmarotzenden sofort ausgeweisen werden" sollen (14).

...gehören auf den Müll der Geschichte!

Die Demonstration gegen das Nazizentrum in Hetendorf dieses Jahr war ein voller Erfolg. Jetzt sollten AntifaschistInnen auch gegen die Hintermänner und -frauen vorgehen, die in Hamburg nicht nur ihre Wochenenden mit doitschen Filmvorführungen verbringen, sondern durch ihre finanziellen Mittel auch zur Aufrechterhaltung verschiedener neofaschistischer Vereinigungen beitragen. Vor 15 Jahren gelang es schon einmal die Nazifilmfreunde an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Eine neue Lektion ist fällig! Wir fordern:

-sofortige Kündigung der Räume für den Freundeskreis Filmkunst!
-Keine Öffentlichkeit für faschistische Kultur!
Verbot und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen

Quellenhinweise:
(1) M.Jenke, Die nationale Rechte, 1967
(2) MoPo 21.06.1959
(3) zit. nach Birgit Jürgens, Zur Geschicht des BdM, Europäische Hochschulschriften.
(4) Huttenbriefe 11/12 1994, zit. nach Franzisk Hundseder, Rechte machen Kasse, Mai 1995
(5) Satzung des FFK vom 17.05.1988. Amtsgerich HH, Vereinsgericht VR 6545
(6) Siehe auch Antifaschistische Informationen Rechte Organisattionen in Hamburg, Bündni Keinen Fußbreit den Faschisten.
(7) Schreiben des VS Hamburg an das Amtsgerich HH,25.02.1972
(8) zit. nach Arbeiterkampf 189,17.11.1980.
(9) Jerzy Toplitz, Geschichte des Films, Band 3 , Berlin 1979
(10) Bürgerschaftsdrucksache 9/773 Hamburg.
(11) Kurt Hirsch, Rechts von der Union, 1989.
(12) Handelsgericht Hamburg HRA 81643.
(13) TAZ vom 20.02.1981 und Hamburger Rundschau vom 15.01.1981.
(14) Anzeige aus dem Münchner Anzeiger, "Wi verlangen unsere Wahrheit und unser Recht' verantwortlich Günter Demolsky, Freundeskrei "Freiheit für Deutschland".

Aufruf der Hochschulantifa



Demonstration am 18.11.95 in Köln

Für eine politische Lösung in Kurdistan

Die bundesweite Demo richtet sich gegen das Verbot zahlreicher kurdischer Vereine, der PKK und des ERNK in der BRD, gegen Waffenlieferungen an die Türkei sowie gegen Abschiebungen in den Folterstaat Türkei und wird von zahlreichen kurdischen und deutschen Organisationen getrager.

Freispruch!

Im Prozeß gegen einen Norderstedter Antifaschisten wegen angeblicher Körperverletzung eines Bullen auf der Sylvesterkundgebung am 31.12.94 am Abschiebeknast Glasmoor gab es einen Freispruch. Die Bullen-Zeugen hatten sich diesmal nicht gut genug untereinander abgesprochen, und so ließ sich die Anklage„ der Genosse habe einen Stein auf einen Bullen geworfen, nicht einwandfrei beweisen.

flora standard issue.

Cafeöffnungszeiten: Mo 17-21 Uhr, Di-Do 16-21 Uhr und bei Veranstaltungen. Mo 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 20 Uhr vegane Fokü; Di ab 16 Uhr Dub Cafe, 18-19.30 Uhr Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem); Mi 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 20 Uhr Foküessen; Do 16-19 Uhr Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen und für feste Nutzung), 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe; Sa 11.30-15 Uhr vegetarisches Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe;
So jeden 4. Sonntag im Monat FrauenLesben-Fruhstuck, ab 12 Uhr

Was die anderen schreiben: In der Szene 11/95 taucht folgendes unter dem Feature *Die besten Clubs der Stadt auf:*

Rote Flora

Schulterblatt 71 (Schanzenviertel), Telefon 4 39 54 13, Eintritt 6–10 Mark
Musik: Wechselnd, meist Dub, Reggae, Jungle und Techno
Ambiente: Die behaglichste Baustelle der Stadt
Wochenprogramm: Die Rote Flora – eigentlich ein politisches Stadtteilzentrum – vermietet ihre Räume auch an Club-Veranstalter
Beste Zeit: –
Resident DJ: –
Publikum: –
Türpolitik: –
Ideologie: Politisch korrekt abtanzen
Drei gute Gründe, dorthin zu gehen: 1. Gewinne gehen in die politische Arbeit, 2. Das gute Gefühl, daß es hier um Qualität geht, 3. Die Volxküche
Fazit: Eine Oase im Abzocker-Geschäft

Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
- Umstrucktuierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
- Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

autonomer Infoladen
Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg · fon:040/44 60 95 · fax: 040/41 08 122

Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

... und Praxis

immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

KETZER





Bartelstraße 12
20357 Hamburg
Tel. 0 40-4 39 34 13

Mittagstisch – Abendkarte
Fleisch u. Gemüse aus kontr.-biol. Anbau
Sonntag: Frühstücksbuffet
Di-So 11-1 Uhr

CAFÉ & BUCH
Buchhandlung
Marktstraße 114
20357 Hamburg
☎ 040 / 432 24 74
Montag - Freitag 13.00 - 18.30 Uhr, Samstag 10.00 - 13.30 Uhr

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser – Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr. Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

BUCHLADEN OSTERSTRASSE

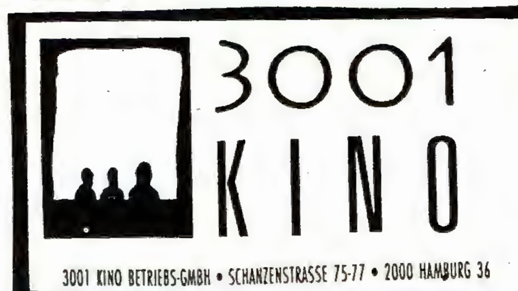
Politik und Literatur

Osterstr. 156 · 20255 Hamburg
Tel. 040/491 95 60 · Fax 040/490 57 06
WIR VERKAUFEN VERLEGTES

Café **PLANET**

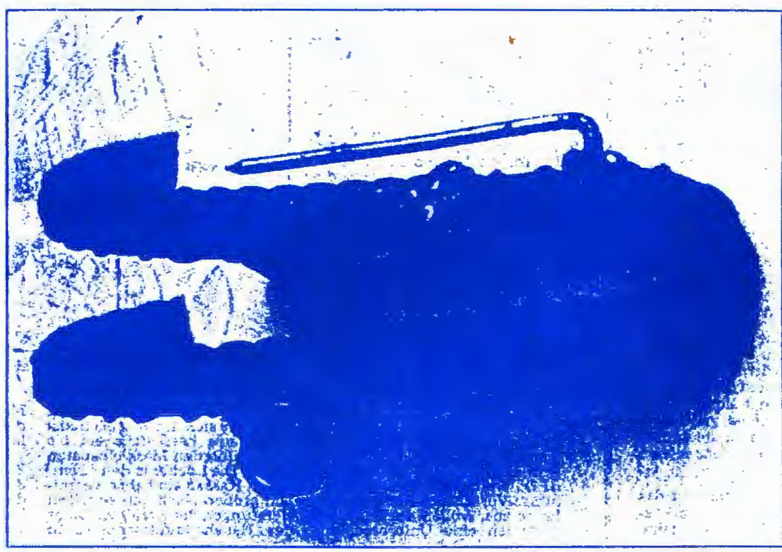
GROSSE BRUNNENSTR. 55A
TEL. 39 77 14

Geöffnet ab 10:00 Uhr
Frühstück 10:00 bis 14:00 Uhr
Sonntag Buffet 10:00 bis 15:00 Uhr
- Sommergarten -



Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

Dokumentation aus der Untergrundzeitung *Hamburger Abendblatt* vom 25.10.95.



Der Wurfanker ist aus Moniereisen gebogen. Muttern und Nägel wurden angeschweißt. Foto: VORNHOLT

IM GESPRÄCH

Wurfanker

Für Wurfanker, wie sie von militanten Atomkraftgegnern verwendet werden, kursieren in den Zeitschriften der autonomen Szene regelrechte Bauanleitungen.

Grundlage für diese Krallen sind Moniereisen, wie sie im Stahlbetonbau Verwendung finden. Sie sind beinahe auf jeder Baustelle zu finden. Von den Eisen werden mit einem Bolzenschneider einzelne Stücke abgeschnitten und dann zu U-förmigen Haken gebogen. Damit sie sich besser in den Oberleitungen der Bahn verfangen, werden zusätzlich noch Nägel, Schrauben oder Muttern angeschweißt.

Die Krallen werden dann nachts auf die Oberleitungen geworfen, wo sie in den Leitungsdrähten hängen bleiben. Kommt ein Zug, verhakt sich der Wurfanker im Stromabnehmer der Elektrolok, wodurch Teile der Oberleitung heruntergerissen werden und auch der Stromabnehmer der Lok beschädigt wird. il

Trendscouts haben herausgefunden: Der Clubtrend geht eindeutig weg vom Zweitpiercing hin zum Wurfanker aus Moniereisen. Passend für alle Gelegenheiten.

B Movie. (Programmansage: 43 59 40)
4./5.11. *Tania La Guerillera.* Film von Heidi Specogna. 20 Uhr.
11./12.11. *Aufrecht gehen, Rudi Dutschke-Spuren.* Dokumentation von Helga Reidemeister von 1988. 20:30 Uhr.
18./19.11. *Xunan. The Lady.* Film über den Widerstand in Chiapas. 20:30 Uhr.
25./26.11. *Lumumba. Tod eines Propheten.* Film von Raoul Peck über Patrice L., Kongo. 20 Uhr.

Woanders.

4.11. *Soliparty* für die Glasmoorgruppe. Planwirtschaft (Klausstraße 10) 21 Uhr.

November

Rote Flora.

3.11. Konzert: *Idiots Conspire, 400 Hz, Cows in the Kitchen, Shredder.* Vier Hamburger Bands wagen sich mit Noisebeat, Trash und Punk Rock an das Licht der Öffentlichkeit. 21 Uhr.
4.11. Soundclash: Heavyweight Championship. *Crucial Vibes* vs. *Love Tank Soundsystem* - mit dabei sind Daddy Musso und Doc Weddy.Ire Hifi's own Pensi moderiert und schiedsrichtert. Bringt eure Trillerpfeifen mit und unterstützt eure Lieblingssounds lautstark. 21:30 Uhr.
7.11. *Vollmondorchester.* Halle 21 Uhr.
11.11. FSK lädt ein: Diskussionsveranstaltung ab 19:30 Uhr in der Vokü. VertreterInnen des FSK informieren über die Sendeplanung des täglichen dreieinhalbstündigen Programms. Danach Konzert: mit *Zimbo* (Uneasy Listening) und *Naked Navy* (Jazz, Funk, Soul). 21 Uhr.
18.11. *Dub-Party.* 22 Uhr.
24.11. *Konzert* und *Soliparty* für die radikal-Prozesse. 21 Uhr.
25.11. *Link.* You mighht know why this is good: Detroit-techno. 22 Uhr.
26.11. Musikfilme von Peter Sempel: 19 Uhr: *"Just visiting this Planet - Horse flies across the Sky"* mit Kazuo Ohno ("Vater" des Butoh-Tanzes) 1991, b/w, 110 min.. 21 Uhr: "*Dandy*" mit Blixa Bargeld, Nick Cave, Nina Hagen, Kaffekanne u.a. 1988, s/w, 90 min. Der Abend wird komplettiert durch eine Performance.

Störtebeker.

4.11. Wipe Out §129! Soliparty für die Gefangenen vom 13.6.. Konzert: mit *Incredible Sinalco Bums* (Surf) und diversen Plattenauflegern. 21 Uhr.
26.11. Konzert: *Oi Polloi* (UK) und *Homo Militia* (Polska). Benefit für Earth First. Nachmittagskonzert, pünktlich um 18 Uhr!
2.12. Konzert:: *Bender* (UK) und *Valium Ten Survivors.* 21 Uhr.

